

Nach 45 Jahren - Pfarrer Hamel über MfS und Untersuchungshaft. Ein Interview

... zwischen dem Autor und D. theol. Johannes Hamel vom November 1997 am Starnberger See und in Gräfelfing/b. München

A. G.: *Bereits vor dem Kriegsausbruch 1939 waren Sie, Herr D. Hamel, im Rahmen der Studentenarbeit in Halle a. d. Saale tätig. Wie erlebten Sie die Nazi-Herrschaft?*

Johannes Hamel: Vom Bruderrat wurde ich 1938 als Studentenamtsleiter der Bekennenden Kirche in Halle eingesetzt. Das war eine Art Mittelding zwischen Dozent und Studentenpfarrer. Ich hatte Aufgaben eines Studentenpfarrers und eines Dozenten für Neues Testament; beides illegal, 1,5 Jahre lang. Der Krieg machte dem ein Ende: Die meisten Studenten wurden eingezogen. Vom Bruderrat wurde ich dann als illegaler Verwalter von Pfarrämtern in den Kirchenkreisen Torgau und Zeitz eingesetzt, hatte alle Pflichten des Pfarrers zu erfüllen, bekam aber vom Konsistorium in Magdeburg weder Anerkennung noch Geld. Der Superintendent von Torgau, Barbe, war aber sehr verständig und sagte: "Ich freue mich über alle, die Dienst tun" - Barbe war nicht in der



(Foto: Gursky, 1997)

Bekennenden Kirche. Und so war ich dann als Illegaler ohne Anerkennung des Konsistoriums Pfarrverwalter - zuletzt von drei Gemeinden. Als der Pfarrer, den ich vertrat, aus dem Krieg wiederkam, wurde ich in den Kirchenkreis Zeitz versetzt. Von dort wurde ich im Januar 1941 auf Befehl der Gestapo dienstverpflichtet in die Leuna-Werke als Arbeiter.

A. G.: *Sie erwähnen oft das Wort 'illegal' - wie ist das zu verstehen?*

Johannes Hamel: Heinrich Himmler hatte einen Befehl herausgegeben, der die Prüfungen der Bekennenden Kirche verbot. Ich habe also eine verbotene Prüfung als zweites Examen heimlich abgelegt. Aber am Abend des Prüfungstages wurden wir in der Paulus-Kirche in Halle öffentlich vor vielen hundert Leuten ordiniert. Das war also den Behörden und den Leuten, mit denen wir umgingen, bekannt. Die Nazis wollten damals keinen Skandal - es sollte ja bald Krieg geführt werden.

In Berlin-Hohenschönhausen, wo ich mich ab Mai 1953 in Untersuchungshaft des MfS befand, fragte mich einmal ein Hauptmann, ein sehr unangenehmer Herr: "Sie haben doch im 3. Reich illegal gearbeitet?" - Ich erzählte ihm, wie die Bekennende Kirche heimlich Druckschriften herstellen ließ, die dann von Kaufmannsbetrieben als "Heringskisten" verschickt wurden. Ich habe dem MfS-Hauptmann das alles mit Vergnügen erzählt, da ich genau wußte, wie das Verhör weitergehen würde. "Ach so", sagte er schließlich. "Das machen Sie also heute auch?" - Er dachte anscheinend, mich gefangen zu haben. Ich sagte: "Nein" - "Warum denn nicht?" - Ich darauf: "Das kann ich Ihnen sagen: Weil die Gestapo ein Waisenknabe war gegen Sie - die Stasi. Wenn wir heute anfangen, illegal zu arbeiten, fänden Sie das 100mal schneller heraus als die Gestapo. Und schlicht aus diesem Grunde haben wir gesagt: Geheime Sachen machen wir nicht, wir sind ganz offen. Was wir tun, tut jeder normale Pfarrer."

A. G.: *Mit dem Wissen um Ihre illegalen Tätigkeiten vor Kriegsende gegen Hitler schlossen die Berliner Stasi-Verhörer also auf den illegal handelnden Studentenpfarrer Hamel - womöglich noch konspirativ, dann wären Sie der Spionage wohl nicht nur bezichtigt worden.*

Aber zunächst nochmal zurück zum Zweiten Weltkrieg. Sie waren doch im Krieg?

Johannes Hamel: Ja, als Arbeiter in den Leuna-Werken, dienstverpflichtet. Der Personalchef rief, als er mich sah: "Herr Pfarrer, wie kommen Sie denn hierher?" - Und dann: "Sie brauchen keine Angst zu haben, Sie kommen gleich ins Büro." - Dort habe ich ca. 14 Monate meine Erfahrungen gesammelt: Einerseits habe ich sehr bald das Kind eines Kollegen getauft und andererseits wurde ich schwer bespitzelt und mir wurden heikle Fragen gestellt. Das war die Zeit, wo

der Panzerkreuzer „Bismarck“ gegen Hitlers Befehl kapitulierte. Nach etwa 14 Monaten wurde ich erst verpflichtet -sogar mit Antrag vom Konsistorium. Aber nach 2 Monaten kam das Militär und zog mich ein. Ich war immer ein schlechter Soldat, aber wollte mich nicht blamieren. Das hat die Vorgesetzten wohl gerührt: Im Unterricht war ich dagegen gut und so wurde ich in die Reihe derer eingereiht, die ausersehen waren, Reserveoffiziersbewerber (ROB) zu werden.

A. G.: *Waren Sie direkt in Kriegsgeschehnisse mit einbezogen, also hautnah an der Front?*

Johannes Hamel: Ja. Aber im Sommer 1942, als die Kameraden alle nach Rußland kamen und zum großen Teil auch verheizt worden sind, mußten wir noch einen Kurs machen, den eigentlichen Rekrutenkurs ROB in Polen. Dort - in Polen - habe ich die ganzen Verbrechen an Juden gesehen. Mir kann also keiner sagen: Das sind „Greuelgeschichten“, ich hab' alles gesehen! Glücklicherweise nahm unser Lehrgang nicht an den Judenverfolgungen teil, andere Lehrgänge mußten das. Danach ging's an die Front. Meine „Heldenlaufbahn“ dauerte allerdings nur 10 Tage: Während eines Rückzuges bekam ich einen Lungenschuß nachts von der eigenen Truppe. Nach mehr als einem Jahr als Kriegsverletzter kam ich jedoch ein zweites Mal an die Front. Im November 1944 nach Italien. Hitler hatte den Befehl gegeben: Wer schwerverwundet von der Ostfront kommt wird nach Italien geschickt. Dort geriet ich am 15. April 1945 in US-Gefangenschaft. Nach Deutschland kam ich im November 1946 zurück - und es verschlug mich wieder nach Halle.

A. G.: *Erneut als Studentenpfarrer?*

Johannes Hamel: Ja, die neue Kirchenleitung unter Bischof Müller aus Heiligenstadt an der Spitze und Prof. Schnewind, mein früherer Lehrer, hatten so beschlossen. Ich war zunächst wütend, denn ich wollte richtiger Gemeindepfarrer werden.

A. G.: *Könnten Sie an dieser Stelle einmal kurz die wichtigsten Aufgaben eines Studentenpfarrers umreißen, was die Nachkriegszeit betrifft bis zu Ihrer Verhaftung im Februar 1953?*

Johannes Hamel: Der Studentenpfarrer hatte Bibelstunden und Gottesdienste zu halten. Die Bibelstunden waren damals ganz anders als heute. Zur Bibelstunde in Halle kamen zwischen 300 und 450 Studenten - wöchentlich! Und dann gab es Gottesdienste, zu denen wesentlich weniger kamen. Es gab ausführliche Gespräche, und das kennen die heutigen Pfarrer auch nicht mehr: Sprechstunde war jederzeit, täglich. Wir konnten uns nicht retten vor Gesprächen. Ich war einfach mehrere Stunden am Tag für Studenten da. Sie kamen ja erstens aus der Nazizeit - und die Nazizeit war ja zusammengebrochen.

Sodann kamen sie aus dem Kriege und hatten ihre eigenen oft schuldhaften Erlebnisse. Und Drittens lebten sie unter dem kommunistischen Einfluß: Das gab wieder neue Probleme. Das heißt also: Es kamen Menschen, die offen waren für Rat und Hilfe. Und sie merkten, der Pfarrer macht keinen frommen Sprüche, der Pfarrer hört erst mal zu. Ich mußte erst mal zuhören, zumal ich ja für die meisten Probleme unter kommunistischer Diktatur keine Hilfen parat hatte. Da kommt zum Beispiel eine junge Lehrerin und sagt: "Herr Pfarrer, ich habe folgendes Problem...": Es ging um die Wahl, sie sollte ihre zehnjährigen Schüler an die Wahlurne führen - ein makabres Theater. "Was soll ich machen? Wenn ich mich weigere, verliere ich meine Stelle. Nun raten Sie mir mal" - Na, was sollte ich denn nun raten? Ich sagte: "Erzählen Sie doch mal, Ihr Vater war Lehrer gewesen?...". Ihr Vater war von den Nazis strafversetzt worden, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten. Plötzlich stand sie auf und sagte: "Hat sich erledigt." - Ich darauf: "Wieso denn?" - "Unter dem Erzählen von ihrem Vater ist mir klar geworden, meinte sie, daß ich nur 'Nein' sagen kann." Später berichtete sie: "Ich ging mit Zittern und Beben zur Schule, um mein 'Nein' loszuwerden. Da kamen ein paar Kollegen und sagten: Haben Sie schon das Neueste gehört? Der Direktor hat seinen Befehl zurückgenommen..." - Freilich, es muß ja nicht immer so kommen!

A. G.: *Gab es denn vor dem sogenannten 'Kirchenkampf' Maßnahmen gegen die Studenten? In Halle saß ja das Sowjetische Militärtribunal im „Roten Ochsen“, sind Ihnen Verhaftungen bekannt?*

Johannes Hamel: Nein, die wurden natürlich geheimgehalten. Ich habe selten gehört, daß Studenten verhaftet worden sind. Darum bemühte ich mich, wenn die Eltern zu mir kamen, über die Kirchenleitung und deren Kontakte zu den Russen, herauszubekommen, wo sie waren. Dies wurde mir übrigens nach meiner eigenen Verhaftung 1953 zur Last gelegt. Das wäre Polizeisache gewesen, hieß es, nicht meine Sache. Die Verhaftungen betrafen jedoch nicht Glieder der Studentengemeinde, da kenne ich nur einen Fall. Ein Student ist mal nachts auf der Straße verhaftet worden mit der Anschuldigung, er habe „Heil Hitler“ gesagt. Der wurde aber am nächsten Tag sofort entlassen, weil sich herausstellte, daß der Denunziant völlig betrunken gewesen war. Man schonte in den Anfangszeiten nach 1945 die Kirche und ihre Glieder, weil die Russen keinen Kirchenkampf haben wollten.

A. G.: *Aber genau der hat doch dann eingesetzt?*

Johannes Hamel: Ja, aber von der SED her. Der Russe wollte das nicht. Im Sommer 1953 hatte Ulbricht den Kirchenkampf auf Weisung von Moskau beendet!

A. G.: *Wovor hatten die Herrschenden Anfang der 50er Jahre am meisten Angst, was beunruhigte sie im Wirken der Evangelischen Studentengemeinde, der Jungen Gemeinde?*

Johannes Hamel: Die SED hatte Angst, daß durch die Tätigkeit der Jungen Gemeinde und Studentengemeinde die kommunistische Beeinflussung an den Bildungsstätten zerstört würde...

A. G.: ... und keine sozialistische Persönlichkeit mehr heranwächst?

Johannes Hamel: Ja, wenn Sie das so sagen. Von dem Leiter der Kunsthochschule Burg Giebichenstein, Herr Prof. Funkat, wurde mir folgendes berichtet: Die SED sagte: "Was ist eigentlich mit Deiner Hochschule los, der Kunsthochschule Burg Giebichenstein? Die Studentengemeinde gewinnt dort an Boden." Darauf sagte er: "Was wollt Ihr da machen, 60% meiner Schüler gehören dazu!" Das war 2-3 mal übertrieben, es waren gerade 20%. Aber der Einfluß war so stark, daß Funkat es wagen konnte, so etwas zu sagen.

A. G.: Was die Ausstrahlung betrifft - da könnte man aber doch dem entgegen auf eine bereits 1952 wirkende neue Professorenschaft verweisen?

Johannes Hamel: Die Ausstrahlung blieb ja: Sie kam vom Evangelium her. Die Leute hungerten danach: was ist jetzt gültig? Der Nazismus ist nicht mehr gültig. Das, was man im Kriege getan hatte, verbarg man bzw. bekannte man nicht. Und was der Kommunismus war, davon hatte man schon jetzt genug. Was also ist jetzt gültig? Die Studentengemeinden ließen sich ja nicht auf fromme Geschichten beschränken. Wir haben offen über Wahlen gesprochen. Ich bin nie bei den Wahlen gewesen, habe das auch nie verhehlt. Ich habe offen erklärt: Laßt euch nicht mit geheimen Organisationen ein als geheime Mitarbeiter, sei es im Westen, sei es im Osten. Ich habe geredet über „Liebet eure Feinde“. Und ich wurde mal von einem netten Vernehmer gefragt: "Da haben Sie doch Adenauer gemeint mit 'Liebet eure Feinde'?" "Nein", habe ich gesagt. "Die Studenten haben bestimmt an ganz andere Leute gedacht." Das habe ich bewußt gemacht. Und als dann die ersten soldatenähnlichen Formationen aufgestellt waren, haben wir offen diskutiert, daß wir da nicht mitmachen wollen.

A. G.: Wenn ich da an die Unterlagen von bzw. über Schneppe denke, da spielen doch genau solche Themen eine Rolle?

Johannes Hamel: Daß die Reichweite des Evangeliums natürlich in das politische Verhalten hineingeht, wollten die Kommunisten nicht wahrhaben - von ihrem Standpunkt aus natürlich nicht. Sondern ihr Bild war: Es gibt religiöse Bedürfnisse, die haben noch wenige Menschen, bis sie schließlich aussterben. Die sollen beten, dann haben sie noch eine Taufe und ein Abendmahl und noch einige religiöse Reden - aber das hat mit dem wirklichen Leben gar nichts zu tun. Aber wir Pastoren sind selbst Schuld daran, daß dieses Bild entstanden ist!

A. G.: Im wirklichen Leben, um Ihre Worte zu zitieren, gab und gibt es immer Obrigkeiten - so die damalige lutherische Bezeichnung -, Obrigkeiten, die ebenso über die eben angeschnittenen politischen Themen entscheiden. Und

da scheint es doch innerhalb der evangelischen Kirche Differenzen gegeben zu haben im sogenannten Obrigkeitsverständnis, also konkret zwischen Dibelius und z. B. Karl Barth?

Johannes Hamel: Die berühmte Obrigkeitsschrift von Dibelius 1960/61 vertritt eine Position, die überhaupt nichts mit dem Reformator zu tun hat. Nämlich, eine "richtige" Obrigkeit sei von Gott eingesetzt, aber wer demokratisch gewählt sei, könne keine richtige Obrigkeit sein. So wäre auch die Bundesregierung eigentlich keine richtige Obrigkeit. Da aber die Bundesregierung aus Christen besteht, könne man gegenüber der DDR-Obrigkeit sagen: Sie habe eben noch mehr von Obrigkeit als die DDR. Die DDR sei ohnehin keine Obrigkeit, sondern eine ideologische Gruppe. Die Gesetze dieser Obrigkeit brauche man demnach nicht zu respektieren, es sei denn um der Liebe willen. Zum Beispiel die Beschränkung auf der Autobahn auf 100 km sei ein Unsinn, zumal die Funktionäre 120 und 130 km führen. Um der Liebe willen solle man die Geschwindigkeitsbeschränkung aber einhalten. Grundsätzlich solle man aber die Gesetze nicht befolgen!

Das war eine Linie, die mit Luther absolut nichts zu tun hatte.

A. G.: Um bei Luther zu bleiben: Damals spielte doch auch um 1530 bereits die Widerstandsfrage gegenüber Obrigkeiten eine Rolle. Genauso vor und nach 1945?

Johannes Hamel: Ja, aber Widerstand heißt politischer Widerstand und nicht militärischer Widerstand. Das hat die lutherische Kirche immer mit Recht abgelehnt. Praktisch hat Calvin, der immer als Gegenpart aufgeführt wird, die Hugenotten davor gewarnt, in den militärischen Widerstand zu gehen. Er sagte: man kann eine tyrannische Obrigkeit nur dann stürzen, wenn die "unteren Autoritäten" sich einig sind und der Erfolg einer besseren Regierung gegeben ist. Auch Luther war in dieser Frage unsicher: Er war anfangs gegen den Schmalkaldischen Bund, in dem sich die protestantischen Fürsten gegen Karl V. zusammenschlossen. Und dann gab er durch die Umstände bedingt doch seinen Segen zu diesem verhängnisvollen Bunde!

A. G.: Luther glaubte auch an den Kaiser - bis zuletzt?

Johannes Hamel: Ja. Sein Verständnis vom Kaiser war manchmal rührend naiv: Der „liebe Kaiser Karl“!

A. G.: Ich frage in folgendem Zusammenhang: Ist es nicht ein Widerspruch, wenn die Bekennende Kirche vor 1945 gegen das System stand, und nach 1945 - folgt man Besier - eine Art Anpassung stattgefunden hat?

Johannes Hamel: Die Bekennende Kirche hat niemals gegen Hitler politischen und militärischen Widerstand geleistet. Es gab Einzelne, wie Bonhoeffer, die bei der Verschwörung gegen Hitler mitgemacht haben. Mein Vikariatsvater, Propst in Wittenberg, sagte mal 1938, nach dem Einmarsch Hitlers in die Tschechoslowakei: "Bisher habe ich immer geglaubt, Hitler ist schlecht für die Kirche und gut für das deutsche Volk. Jetzt fange ich an zu zweifeln." - So ein führender Mann der Bekennenden Kirche! Die Barmer Bekenntnissynode 1934 ist eingeleitet worden von einer Andacht des Bischofs Marahrens mit einem Lobgesang auf Hitler. Sie schließt mit den Worten: "Wir stehen wie alle anderen Deutschen im Glauben hinter unserem geliebten Führer Adolf Hitler." So begann die Bekenntnissynode von Barmen! Und die Ereignisse sprechen hiernach für sich: Meist schwieg die Bekennende Kirche, bei den Judenprogrammen, den Rassegesetzen oder den vielen NS-Mörderaktionen. Erst 1942 prangerte eine Bekenntnissynode die Ermordung der Juden an!

A. G.: Also - nicht Widerstand, sondern mehr oder weniger eine Verweigerung damals?

Johannes Hamel: Eine Verweigerung und ein Beharren darauf: was in der Kirche gepredigt wird und was da getan wird, darüber hat der Heilige Geist und Jesus Christus und die Bibel zu verfügen - nicht Adolf Hitler.

A. G.: War die Haltung nach 1945 dem ähnlich?

Johannes Hamel: Nach 1945 ging es darum, ob die einfachen Christen bei dem Satz bleiben: 2 x 2 ist 4 und nicht 5. Ich habe den Studenten oft gesagt: Ihr seid nicht gefragt, an entscheidender Stelle zu sagen, ich bekenne mich zu Christus. Das ist selbstverständlich und das sollte aus einem Leben sichtbar werden. Gefragt seid ihr, in schlichten moralischen Dingen bei der Wahrheit und bei der Logik zu bleiben. Die Gewichtslage war zu diesem Zeitpunkt eine andere. In der von mir mitverfaßten Handreichung Ende der 50er Jahre "Das Evangelium und das christliche Leben in der DDR" wird das dann deutlich: Wo wir 'Ja' sagen können, sagen wir 'Ja' und wo wir "Nein" sagen müssen, sagen wir "Nein". Damals galt ich nicht wenigen Pastoren als "der rote Hamel". Die SED sagte allerdings von Anfang an: "Hamel ist ein Feind. Wer das mitverfaßt hat, ist unser Feind."

A. G.: Und als Feind galten Sie den damals Regierenden nicht erst seit Ende der 50er Jahre. Während Ihrer Zeit als Studentenpfarrer in Halle: Was wurde da konkret Ihnen zur Last gelegt, Ihnen vorgehalten?

Johannes Hamel: Zugunsten der SED-Leute kann man ja noch sagen: Es war Kalter Krieg. Und die Vorstellung war, wir müssen in der DDR eine ganz geschlossene Front für den Sozialismus in diesem Kalten Krieg zum Einsatz bringen. Zumal die Russen ja ziemlich argwöhnisch waren, ob wir nicht eventuell

auf westdeutsche Angebote, wie sie ja 35 Jahre später passierten, eingehen würden. Das war schon damals die Gefahr. Das heißt: objektiv war ich ein Agent des Imperialismus - nicht subjektiv, also nicht, daß die Amerikaner mich gedungen hatten durch irgendetwas. Objektiv - meine Tätigkeit schadete im Kalten Krieg der russischen und nützte der amerikanischen Seite. Uns war klar, daß wir nicht die Diener der Amerikaner sind Aber damals hofften ja viele in der DDR auf baldige Wiedervereinigung eben unter dem Druck der Amerikaner!

A. G.: Also objektiv: Agententätigkeit, so der Hauptvorwurf. Und für die Zeit vor 1945, gab es auch Vorwürfe? Sie erwähnten vorhin ihre kurzzeitige Zugehörigkeit zur SA.

Johannes Hamel: Während der Verhaftung und in der Haftzeit wurde das versucht. Es hieß: Sie waren doch Truppführer bei der SA. Sie zeigten mir ein Bild und ich sagte, das bin ich nicht - ich war ein einfacher SA-Mann bis zu meinem Austritt. Niemals habe ich einen Hehl daraus gemacht, daß ich bei der SA war. Ich bin am 9. März 1933 in die SA eingetreten, so ziemlich als einer der letzten Theologen aus Mangel an Zivilcourage. Dieses habe ich nur bis Herbst 1934 getan. Es gab damals viele Massenaustritte. Im Oktober 1935 habe ich hinterher noch ein offizielles Schreiben abgeschickt mit der „heldenhaften“ Begründung, ich könne sonntags keinen Dienst mehr machen, da ich anderwertig beschäftigt wäre. In Berlin-Hohenschönhausen beim MfS wurde ich dazu vernommen. Ich gab das zu Protokoll, was ich eben auch Ihnen sagte. Ich zitierte den offiziellen Brief vom Oktober 1935 und bemerkte, daß das MfS den Inhalt sehr genau kannte - der befand sich nämlich im SA-Archiv und lag nun den Stasi-Vernehmern vor. Wehe also, ich hätte versichert: "... und da schleuderte ich dem Nationalsozialismus den Fehdehandschuh hin!"

A. G.: Unklar ist mir nach wie vor die Einordnung des Briefes von Leo Stern vom Oktober 1952 an Walter Ulbricht. Einmal gab es aus der Zeit des Dritten Reiches keine verurteilungsträchtigen Anknüpfungspunkte. Der Vorwurf objektiver Agententätigkeit, wie Sie ihn vorhin ausgeführt haben, ist natürlich ein äußerst schwerwiegender Tatbestand. Im „Roten Ochsen“ saßen die Russen federführend bis Sommer 1952, hiernach wirkten sie als „Genossen Berater“ in den MfS-Struktureinheiten anleitend weiter. Agententätigkeit: das hieß für manche Ihrer vergleichbaren Zeitgefährten: das Todesurteil. Schlug Stern nicht dem DDR-Diktator vor, wenn nicht durch Verhaftung, so doch „auf andere Weise“ Ihnen das Handwerk legen (zu lassen)? Wie?

Johannes Hamel: Da können Sie spekulieren. Am nächsten liegt: Druck auf die Kirchenleitung, den Studentenpfarrer wegzunehmen, zu versetzen. Daß sie also schlicht anordnet: Dein Dienst in Halle ist zu Ende. Suche Dir eine andere Pfarrstelle. "Laßt ihn umbringen" - das halte ich für unwahrscheinlich.

A. G.: *Wobei allerdings solche Fälle nicht selten dem NKWD übergeben wurden.*

Johannes Hamel: In meinem Fall sicher nicht. Wahrscheinlicher wäre gewesen: Druck auf die Kirchenleitung. Immerhin hatte die Kirchenleitung 1951 mir schon eine offizielle Rüge erteilt: Ich hatte 1951 Gustav Heinemann eingeladen zu einem Vortrag: „Was ist Demokratie?“ Er sprach im Auditorium Maximum der Universität Halle und per Lautsprecher in weiteren 2 Hörsälen - der Platz reichte nicht mehr aus! Die frommen Christen kamen erst fünf Minuten vor Beginn der Veranstaltung. Das Auditorium war aber bereits gefüllt mit SED-Leuten. Heinemann sprach so gut, daß von den SED-Leuten der Beifall an der falschen Stelle kam - das reizte die Funktionäre sehr. Die Kirchenleitung sprach mir beschlußmäßig eine Mißbilligung aus, weil ich Heinemann geholt hätte. Die damals sehr konservativ gesonnene Kirchenleitung stand auf der Seite Adenauers - gegen Heinemann und Niemöller! Später, 1954 begann die SED eine Hetzkampagne ganz anderer Art: Der "berüchtigte Studentenpfarrer" galt nunmehr als „bekannter Antisemit“, sogar als „berüchtigter Rassenhetzer“.

A. G.: *Kamen hierzu Reaktionen auch aus der Jüdischen Gemeinde selbst?*

Johannes Hamel: In den Zeitungen übernahmen sie natürlich hierzu die offiziellen Anschuldigungen, d. h. sie gaben ihren Namen dazu her. Im November 1983 sagten mir die Vertreter der Synagogengemeinde entschuldigend: "Wir standen damals unter politischem Druck, konnten froh sein - bildlich gesprochen - nicht zertreten zu werden." Es blieb bei der Pressekampagne. In den MfS-Vernehmungen 1953 dagegen tauchte der Antisemitismusvorwurf nie auf!

A. G.: *Genau so ist das, weder in Halle noch in Berlin. Was war aber der eigentliche Grund Ihrer Verhaftung? Der wachsende Einfluß der Studentengemeinde?*

Johannes Hamel: Das ist wohl am wahrscheinlichsten. Bedenken Sie - andere Studentenpfarrer in Jena, Leipzig, Greifswald, Rostock oder Berlin blieben von einer Verhaftung verschont.

A. G.: *Und Sie wurden grundlos verhaftet. Damals predigten Sie und heute sagen Sie: Die Stasi-Vernehmer haben eine legitime Rolle gespielt. Sie agierten als "Diener Gottes". Diese Legitimierung ist ganz sicher für viele heute irritierend.*

Johannes Hamel: Was heißt legitimiert? Gott gibt das Heft nicht aus der Hand, er kapituliert doch nicht vor SED und MfS, er hat auch nicht vor den Nazis kapituliert. Es ist doch keine Legitimierung der Leute, die ganz andere Herren anerkennen, von Gott nichts wissen und mich vernehmen. De facto - in Wirklichkeit sind sie in Gottes Hand. In Wirklichkeit unterstehen sie seinen Geboten, und in Wirklichkeit kann ich sie da auch anreden. Denn wir stehen

beide vor dem lebendigen Gott! Auch wenn die Mächtigen das nicht wahrhaben wollen, es ist factum. - Ich erfahre es, ich weiß das. Ich habe mich 1953 immer zweimal gefürchtet: einmal, wenn ich zur Vernehmung ging. Ich wußte ja nicht, wie es ausging, da hatte ich Angst. Und das zweite Mal fürchtete ich mich, wenn ich erneut erfahren hatte: Gott ist gegenwärtig. Und dieses „Gott ist gegenwärtig“ war Realität, mit der ich leben konnte und auch gelebt habe und lebe.

A. G.: *"Freiheit zum Dienen - Kirche für andere" - könnte man das so - nach Karl Barth - zusammenfassen?*

Johannes Hamel: Das kann man so zusammenfassen. Man dient, indem man versucht, dem Anderen das Evangelium zu bezeugen.

A. G.: *Auch gegenüber dem Vernehmer?*

Johannes Hamel: Selbstverständlich. Auch gegenüber dem Zellenspitzel. Glaser - so stellte sich der Spitzel vor. In meiner Akte befinden sich noch seine Spitzelberichte. Vielleicht wurde Glaser Strafmilderung versprochen? Nach zwei Jahren ist er jedenfalls von den Amerikanern freigekauft worden. Von Glasers Absichten konnte ich noch im "Roten Ochsen" nach meiner Verlegung in eine andere Etage im Hafthaus erfahren. Scheinbar machten schon andere vor mir mit Glaser Bekanntschaft - mehr unfreiwillig als freiwillig, und es war wohl auch immer dasselbe Muster. Mir wurde gesagt von zwei inhaftierten Arbeitern: Zuerst ist man allein, dann kommt der Spitzel. - Und, so fragte der eine Arbeiter, die Zelle weißt du ja noch? Dann achte mal morgen beim Freigang darauf, ob da ein frisches Handtuch hängt und eine Waschschüssel, die jeder hatte. Und wenn da noch etwas zweites hängt, hat Glaser schon wieder ein neues Opfer. Und tatsächlich, es hing dort ein zweites neues Handtuch in der Zelle. Später bestätigte mir ein anderer Theologe die allgemeine Erstbegrüßung durch Glaser: "Nach 110 Tagen Einzelhaft sind Sie der erste Mensch, den ich sehe..." - Nach meiner Entlassung aus der Untersuchungshaft verhielt sich ein anderer Spitzel, den das MfS auf mich ansetzte, verblüffend offen. Er spielte sogar auf den Joliot-Curie-Brief an.

A. G.: *Auf was für einen Brief?*

Johannes Hamel: Auf den Brief des bekannten Physikers Joliot Curie, den Schwiegersohn der Madame Curie.

A. G.: *Was hat der mit Ihrer Inhaftierung denn zu tun?*

Johannes Hamel: Einer meiner französischen Freunde wandte sich während meiner Untersuchungshaft an den leitenden Mann der evangelisch-reformierten Kirche in Frankreich, Pierre Murry, der auch in der Friedensbewegung in Stockholm unter Joliot Curie tätig war. Und Murry sagte zu Curie: Versuche, die

Inhaftierungen in der DDR zu beenden, besonders die meines Freundes Johannes Hamel, sonst scheiden wir aus der Friedensbewegung aus. Daraufhin schrieb Curie tatsächlich einen Brief an Walter Ulbricht.

A. G.: Und darüber wußte auch der zuletzt genannte Spitzel Bescheid?

Johannes Hamel: Im Oktober 1953 stellte sich mir ein vergnügter Student mit den Worten vor: "Ihr neuester Spitzel." Ich sagte: "Wie bitte?" - "Ja", sagte er, "ich bin Ihr neuer Spitzel. Vor ein paar Tagen wurde ich auf der Straße von ein paar Herren in Zivil angesprochen, die sich als Stasi-Offiziere vorstellten. Sie wollten mit mir eine Tasse Kaffee trinken. Ich bin mit ihnen gegangen und sie sagten, sie brauchten einen vertrauenswürdigen Menschen, der berichtet, was dieser Staatsfeind Hamel sagt." Darauf entgegnete ich: "Na, der Staatsfeind Hamel ist doch in allen Ehren entlassen worden?" Die Antwort der Stasi-Offiziere: Man habe ihn ja bloß freigelassen, weil die Internationale sich für Hamel eingesetzt habe. Das war der Curie-Brief.

A. G.: Konnte man den Studenten denn ernst nehmen?

Johannes Hamel: Das, was er sagte, klang schon sehr ernst. Er meinte: "Sie brauchen keine Angst zu haben, Herr Hamel. Ich berichte nur, was Sie theologisch sagen und im übrigen bin ich in 3 Wochen in der Bundesrepublik. Sie können also beruhigt sein. Da wollte ich mir nicht noch vorher Schwierigkeiten machen." Dann haben wir uns fröhlich verabschiedet und nach ca. 3 Wochen war der Mann gen Westen verschwunden. Nach DDR-Gesetz hatte ich mich wieder schuldig gemacht, weil ich wußte: der will in den Westen flüchten und hatte ihn nicht angezeigt!

A. G.: Zu dieser Zeit hatte Sie also die Studentengemeinde wieder.

Johannes Hamel: Ja, bis Sommer 1955. Da wurde ich von der Kirchenleitung zum Dozenten für Praktische Theologie am Katechetischen Oberseminar, einer Kirchlichen Hochschule, gewählt. Ich habe also das Studentenpfarramt nach meiner Entlassung noch fast 2 Jahre ausgeübt.

A. G.: Vorläufer vom späteren politischen Häftlingsfreikauf soll es ja schon, nach neuesten Veröffentlichungen, Ende der 50er Jahre gegeben haben. Sind da aus Ihrer Zeit irgendwelche Bezüge verbunden? Haben Sie sich hier als Kirchenvertreter mit eingesetzt?

Johannes Hamel: Eingesetzt schon gar nicht. Damit hatte ich nichts zu tun. Nur eine Notiz hierzu: 1954/55 komme ich zu einer Tagung des EKD-Ausschusses für politische Angelegenheiten. Dort begrüßte mich einer, den ich schon kannte - ein Großkaufmann. Und der sagte mir: Wissen Sie eigentlich, daß wir 1953 den Versuch gemacht haben, Sie freizukaufen? Ich verneinte natürlich erstaunt.

Meine Frau hatte mir mal erzählt, es wäre ein ihr unbekannter Mann aufgetaucht, als ich verhaftet war - er käme von Bonn und wenn sie in die Bundesrepublik ziehen würde, erhielte sie gleich eine Wohnung usw. - das lehnte sie natürlich ab. Ich weiß nicht, ob das ein Spitzel war. Jedenfalls, dieser Großkaufmann meinte: "Das hängt so zusammen. Als Sie verhaftet waren, da habe ich in die Wege geleitet, Sie durch einen Personentausch frei zu bekommen. Wir hatten einen russischen Spion erwischt. So machte ich den Vorschlag, daß man diesen russischen Spion freigeben könnte gegen 5 inhaftierte Pastoren. Entschuldigen Sie, aber mehr sind Sie nicht wert." Da wir uns gut kannten, konnte ich den Scherz verstehen. Die Sache ist gescheitert, als sich herausstellte, daß der russische Spion Vertrautes verraten hatte. Damit war er für die Russen nunmehr uninteressant. Ich kann nur Gott danken, daß dieser Plan scheiterte: Wenn man im Gefängnis sitzt und bekommt das Angebot: "Unterschreiben und morgen bist du im Westen" - ich weiß nicht, ob ich "Nein" gesagt hätte!



(Foto: Gursky, 1997)

Zeitzeugen erinnern sich ...

Friedrich Schneppe

(Vertrauensstudent der Evangelischen Studentengemeinde in Halle 1952; Foto: Gedenkstätte "Roter Ochse" Halle im Januar 1998)

A. G.: In den MfS-Akten wird der 'Fall Hamel' als „Vorgang Riga“ geführt. Darüber hinaus gibt es noch in Berlin SED-Parteiakten zu Herrn Hamel.

Friedrich Schneppe: Ich habe noch keine Akten eingesehen, da nach meiner Ansicht für andere Leute die Akteneinsicht aus irgendwelchen Gründen wichtiger ist. Aber vorgenommen hatte ich es mir immer schon, obwohl es für mich nur eine Frage der Neugier ist.



(Foto: Gursky, 1998)

A. G.: In den Berliner Akten, im Ulbricht - Nachlaß, befindet sich das Anschreiben von Leo Stern an Walter Ulbricht; also Johannes Hamel verhaften zu lassen oder auf andere Art das Handwerk zu legen.

Auch wird ein Begleitschreiben erwähnt, wo man bislang glaubte - es war nämlich nicht auffindbar - es würde die Verhaftungsempfehlung von Leo Stern rechtfertigen. Es gibt nun das Begleitschreiben: es handelt sich um eine vollständige Rede von Dibelius und Aufzeichnungen über Gespräche, wo sich Herr Hamel für Sie eingesetzt hat. Und da taucht Ihr Name immer wieder auf.

Friedrich Schneppe: Könnten Sie das konkretisieren?

A. G.: Ja, es ging um Ihre damaligen Auffassungen zur FDJ beispielsweise, die Herr Hamel gegenüber Leo Stern verteidigte.

Friedrich Schneppe: Anlaß des Gespräches Stern-Hamel war offensichtlich eine Diskussion mit führenden Mitgliedern unserer FDJ-Fakultätsgruppe, zu der ich vorgeladen war und zu der mich Pfarrer Hamel begleitet hatte. Kurz danach sollte ich verhaftet werden. Das Gespräch bei Stern fand nach meiner Flucht statt. Welche Rolle die Dibeliusrede damals gespielt hat, weiß ich heute nicht mehr. Kern jener Gespräche war jedenfalls die damalige massive Aufforderung der SED zum Haß gegen Westdeutsche. Dieser gegenüber war

nach meiner Meinung keinerlei Taktieren mehr möglich, sondern nur ein klarer Hinweis auf die Gebote Christi und demzufolge ein Nein. Das konnten die FDJ-Funktionäre nicht verstehen und nicht ertragen. Während der 450-Jahr-Feier der Universität unternahm man nichts gegen mich, wegen der ausländischen Gäste. Kurze Zeit danach bat Pfarrer Hamel nach einer Bibelstunde mich und einige andere Mitglieder der Studentengemeinde in seine Wohnung. Er hatte einen Hinweis auf meine unmittelbar bevorstehende Verhaftung erhalten. Wir wogen gemeinsam ab, ob der Hinweis ernst zu nehmen sei und was wir tun sollten. Wir entschieden uns für mein Verschwinden, auch weil wir befürchteten, daß die in solchen Fällen übliche Verleumdungskampagne der Studentengemeinde schaden würde. Ich fuhr sofort in der Nacht nach Westberlin, was damals noch problemlos möglich war; Hamel hatte einen Kommilitonen als Begleitung mitgeschickt. Tatsächlich erschienen am anderen Morgen zwei "unauffällige Herren" in der Vorlesung und suchten nach mir.

A. G.: Wie lange waren Sie in Halle bei der Evangelischen Studentengemeinde?

Friedrich Schneppe: Das kann ich Ihnen nicht ganz genau sagen. Ich habe hier das Studium aufgenommen im Oktober 1950 und bin dann im 1. Semester, mindestens aber im 2. Semester dabeigewesen. In den ersten Tagen wußte man ja nicht: wem kann man trauen? Aber das legte sich nach ein paar Wochen wieder. Im zweiten Studienjahr leitete ich den Kleinkreis der Landwirtschaftlichen Fakultät, und 1952 wurde ich für mein 5. Semester zum 1. Vertrauensstudenten der Ev. Studentengemeinde gewählt. Diese Aufgabe konnte ich allerdings nur wenige Wochen wahrnehmen.

A. G.: Und die Vorwürfe, die gegen Sie und Herrn Hamel erhoben wurden, kann man ja unter einem Begriff zusammenfassen: Kriegshetze. Das ist ein Begriff, wie er auch in der MfS-Akte von Herrn Hamel mit steht.

Friedrich Schneppe: Ja, man ging mit dem Begriff Kriegshetze sehr großzügig um damals. Aber ich glaube nicht, daß man die Motive, die damals bei der SED eine Rolle gespielt haben, damit schon verstehen kann. Es war ein Schlagargument, war aber nicht alles aus der Sicht der SED...

A. G.: Es ging um den Einfluß der Studentengemeinde?

Friedrich Schneppe: Ja, natürlich, und der Einfluß der Studentengemeinde hing wiederum stark von Hamel ab. Das werden auch andere Ihnen sagen können, daß Johannes Hamel einen sehr großen Einfluß auf junge Menschen hatte, und das war es, was die SED fürchtete. Die Gründe lagen in einer Reihe von Vorzügen, die er für seine Arbeit mitbrachte. Er sprach - als ehemaliger Frontsoldat - eine Sprache, die wir alle verstanden, und was er sagte, wirkte glaubwürdig; er nahm unmittelbar Anteil an unseren Sorgen, und sein theologisches Wissen und seine internationalen Beziehungen machten ihn souverän

gegen die Ideologie der SED, was auch für uns hilfreich war. Schließlich kann er sehr geschickt formulieren und reden. Hier bei der Gedenkfeier im Juni 1997 hat der 86jährige Mann doch viel geschickter argumentiert als alle anderen zusammen. Er weiß immer einen Aspekt herauszuholen, auf den es eben ankommt. Das ist zwar auch einseitig, aber immerhin sehr effektiv. Und er weiß ihn dann so zu formulieren, daß es jedem eingeht.

A. G.: *Der Brief von Stern war sicher für die Verhaftung ausschlaggebend, aber die MfS-Akte beginnt ja schon wesentlich früher - im Jahr 1950.*

Friedrich Schneppe: 1950? Das kann ich mir vorstellen.

A. G.: *Und da gibt es auch Berichte aus der Studentengemeinde an das MfS. Beispielsweise gibt der IM „Anton“ einen Bericht ab, wonach der ideelle Schaden des Wirkens von Herrn Hamel zwar nachvollzogen, die Zusammenfassung des MfS - also z. B. 'Kriegshetze' - jedoch zurückgewiesen wird. Er interpretiert Johannes Hamel theologisch. Die extreme Auslegung, wie sie für eine Verurteilung wichtig sein könnte, weist der Informant im Bericht zurück.*

Gab es aus Ihrer Sicht damals Anhaltspunkte für das Wirken von Informanten innerhalb der Studentengemeinde?

Friedrich Schneppe: Ich weiß nun nicht mehr, ob wir damals jemanden konkret in Verdacht hatten. Jedoch hatten wir Leute in Verdacht, die mit westdeutschen Organisationen zusammenarbeiteten. Ich hielt davon nichts.

A. G.: *Auch Johannes Hamel sprach ja gegen solche Tätigkeiten.*

Friedrich Schneppe: Genau - er war der Meinung: das ist nicht unsere Art. Wir haben nichts dazu gesagt, aber wir wußten es schließlich - und redeten kaum darüber. Daß da auch Leute für die Stasi arbeiten, das mußte man ja immer einkalkulieren. Wir wußten jedoch nicht, wer.

A. G.: *Zur Arbeit der Studentengemeinde zählte nach Herrn Hamel u. a. die Schaffung von Diskussionsrunden quer über alle Fakultäten zu bestimmten Problemen.*

Friedrich Schneppe: Ja, ich erinnere mich, daß wir in mehreren Studienjahren die Arbeit unter ein bestimmtes Thema stellten. Da gab es einmal eine gut besuchte Vortragsreihe, in der wir auch Frau Prof. Richter aus Berlin eingeladen hatten. Sie hatte sehr gut gesprochen, und dann wurde die Diskussion kaputt gemacht von Leo Stern.

A. G.: *Und sonst waren es im engeren Sinne Bibelstunden, was die Studentenarbeit betrifft?*

F. Schneppe: Die Bibelstunden in der Stadtmission waren sicher der Kern, aber man muß sie im Zusammenhang sehen mit den sonntäglichen Gottesdiensten und mit den Kleinkreisen in den Fakultäten.

Rudolf und Sigrun Mau, geb. Siebenbrodt

(Evangelische Studentengemeinde in Halle / 1946-1949;
Foto: Berlin - Hellersdorf, Privatwohnung Fam. Mau im Februar 1998)



(Foto: Gursky, 1998)

A. G.: *Herr Dr. Mau, Sie waren nach dem Krieg in den 40er Jahren in der Evangelischen Studentengemeinde in Halle. Können Sie aus Ihrer Sicht einige Schwerpunkte der Arbeit der Studentengemeinde nennen? Und inwiefern unterscheidet sich die Arbeit der Studentengemeinde hiernach von der Studentengemeinde, wie sie bereits während der Hitlerzeit existierte?*

Rudolf Mau: Das ist ein breites Thema und ich möchte Sie verweisen auf die Arbeit von Axel Noak zur Studentengemeinde.

Das NS-Regime hatte 1938 die schon im 19. Jahrhundert gegründete, selbständig arbeitende Deutsche Christliche Studenten-Vereinigung (DCSV) verboten. Studentengruppen der Bekennenden Kirche sammelten sich mehr oder weniger legal als Studentengemeinden an den Hochschulorten, unterstützt von einigen wenigen Studentenfarrern der Bekennenden Kirche. Staatlich erlaubt war ausschließlich die Beschäftigung mit biblischen Texten. Auf illegalen gemeinsamen Konferenzen wurden die verantwortlichen Studenten (Vertrauensstudent, -studentin) vorbereitet. Nach 1945 beschlossen die einstigen Vorstandsmitglieder der DCSV, nicht zur früheren verbandsmäßigen Arbeit zurückzukehren, sondern im Sinne der Bekennenden Kirche als besondere kirchliche Gemeinden weiterzuarbeiten. An vielen Hochschulorten entstanden Studentengemeinden, die Landeskirchen beriefen haupt- oder nebenamtliche Studentenfarrer. Die gewählten Vertrauensstudenten und der gesamtdeutsche Austausch auf den jährlichen Konferenzen hatte große Bedeutung für die sehr selbständige und eigenverantwortliche Arbeit der Studentengemeinden.

Sigrun Mau: In dieser Zeit sollten Theologiestudenten auch keine Stipendien mehr erhalten. Man überlegte: Wie kann man hier das Studium weiter finanzieren? Von der Studentengemeinde gab es dann ein Theaterspiel mit großem Erfolg „Das Zeichen des Jona“ - etwa über ein Jahr lang! Und von den

Kollekten, die wir da einnahmen, konnte den Betroffenen geholfen werden. Viele Studenten kamen mit der SED nicht zurecht, und die Kirche gab Halt.

A. G.: *Wenn jedoch die Leute offen benannt werden, Sie verwiesen auf das Beispiel MfS in den Bibelstunden, und auch die sogenannte „Störgröße“ Studentengemeinde mit offenen Worten sprach, hing doch andererseits vieles davon ab, wie hierüber letztlich berichtet wurde, und zwar auch subjektiv berichtet wurde? Wurde nicht berichtet auf Grundlage von bestimmten Zielstellungen, eben durch die IM, die anwesend waren. Die Zielstellungen dachten sich die IM doch nicht aus? Offene Diskussionen hätten zu diesem Zeitpunkt Ende der 40er Jahre doch noch möglich sein müssen gerade an der Universität, wo eine Anzahl von Lehrkräften noch nicht geflüchtet war. Die Berichterstattungen über die Studentengemeinde - waren die nicht eher äußerst subjektiv geprägt? Und im Gegenzug: Ist die Ausstrahlung der Studentengemeinde nicht ebenso subjektiv durch die Persönlichkeit von Johannes Hamel in Halle geprägt worden?*

Sigrun Mau: Es ist bei Pfarrer Hamel so, daß er von der Bibel her, vom Wort Gottes her, einen moralisch in die Zange nehmen konnte: 'Geh Deinen geraden Weg!' - Eine Diktatur hatten wir gerade hinter uns und nun sollte etwas Neues anfangen. Und zu dieser Zeit wurde die enge Zusammenarbeit mit der FDJ abgebrochen, die FDJ wurde der SED unterstellt und christliche FDJ-Führer verschwanden.

Rudolf Mau: Der Kurs der Offenheit und einer gewissen Diskussionsbreite war ja ab 1947 vorbei. Nochmal zu Ihrer Vermutung, das würde ich ganz stark unterstreichen. Es lag ganz stark an der Person von Hamel*, wie er diese Fragen hervorbrachte und beim Hörer ansprach. Das ist in anderen Studentengemeinden, glaube ich, so nicht der Fall gewesen. Sicherlich - Gemeinschaft und Frömmigkeit, aber nicht so sehr das Element der aktuellen Herausforderung und persönlichen Situation. Das habe ich persönlich selbst gespürt, als ich 1949 nach Greifswald wechselte, das war eine andere Atmosphäre - nicht unsympathisch, aber nicht das, was man in Halle erlebt hatte.

Sigrun Mau: Hamel schärfte das Gewissen.

Rudolf Mau: Da kommt auch der starke Einfluß von Karl Barth, der calvinistische Einfluß von Frömmigkeit zum Ausdruck. Aber da ist noch etwas anderes. Sie erwähnten gerade Ihre Vermutung einer gewissen Offenheit an der Universität durch die Präsenz von alten Professoren. Das war auch insoweit gegeben. Man konnte Vorlesungen bei solchen Leuten hören wie Lintzel oder Leisegang. Aber es war doch schon ganz deutlich der Versuch der Indoktrination im Gange und die Tatsache, daß nun in der Studentengemeinde gerade kompetente bürgerliche Professoren zu existentiellen Themen zu Worte kamen, war ganz sicher der SED ein Dorn im Auge. Also die Studentengemeinde als Ort des freien

geistigen Austausches, als ein Ort, der nicht unter die Doktrin der Parteilehre fiel. Das dürfte in dieser Phase als ein Ärgernis empfunden worden sein.

A. G.: *Der Brief des Rektors Leo Stern an Walter Ulbricht, den berüchtigten Studentenfarrer, wie es darin heißt, verhaften zu lassen oder auf andere Art das Handwerk zu legen - dieser Brief ist Ihnen sicher bekannt. Könnte aus Ihrer Sicht eine solche m. E. schwerwiegende Empfehlung erklärt werden allein mit dem Hinweis auf eine entsprechende Berichterstattung, wie wir sie schon vorhin angesprochen hatten; also auf Negativberichte von Informanten, die Leo Stern erhielt? Oder anders gesehen: wären die Berichte nicht so gewesen, die Vorlagen an Leo Stern, wäre die Entscheidung, also Verhaftungsempfehlung, nicht so ausgefallen?*

Sigrun Mau: Damals - 1953 - sollte erklärt werden, daß die Studentengemeinde eine Eiterbeule wäre, die vernichtet werden mußte.

Rudolf Mau: Es kommt darauf an, was für diesen Brief nachteilig sein konnte. Könnte der Brief von Stern noch im Zusammenhang stehen mit der Präsenz der Russen am fraglichen Ort oder bezieht er sich auf das Programm der SED, daß der Sozialismus nicht zerstört werden soll? Es ist ja vorauszusetzen, daß ein Mann in dieser Position unter einem ungeheuren Druck stand, unter großem Erwartungsdruck.

Sigrun Mau: Und eines merkte er natürlich, daß von Pfarrer Hamel die Forderung weiter ausging, geistig frei zu reagieren. Als er euch in die Schweiz schickte, das war ja auch illegal - also da erhielten einige Studenten ein Stipendium für die Schweiz bei Karl Barth. Die starke Gegenregulation gegen die SED war bei Johannes Hamel ausgeprägt. Der Glaube prägte auch die starke bürgerliche Haltung, daß man nicht wieder eine Diktatur wollte, daß man nach Demokratie sich sehnte. Und abends wurde besprochen, wer bringt nun wen nach Hause - da sind schon wieder Vergewaltigungen durch die Russen passiert. Das wurde offen angesprochen, auch das war verpönt: Vergewaltigungen durch die Russen, das wurde offiziell unter den Tisch gekehrt nach 1945.

Rudolf Mau: Die Stimmung in der Ostzone war ja: Wann greift der Westen ein, um die schreckliche Situation bei uns zu beenden? Darauf antwortete Johannes Hamel: Die Hoffnung der Christen auf das Reich Gottes bedeutet etwas anderes als das Warten darauf, daß bald die Amerikaner kommen. Es geht nicht um die Abschaffung dieses Staates oder um die Abwendung im Sinne eines Rückzuges, um nur noch die eigenen Dinge betreiben zu können. Sondern zum Weg der Freiheit, des offenen Wortes, gehört die Anerkennung der "Obrigkeit", also: des Staates als "Anordnung Gottes", wie es in der Barmer Erklärung (1934) heißt. Und hier komme ich auf den Vorwurf "roter Hamel" zu sprechen: Im Sinne von Römer 13 und der Barmer Erklärung war er ganz

entschieden der Meinung, daß die Christen die Pflicht haben, auch diese Funktionäre als "Dienstleute Gottes" zu respektieren, also die Obrigkeit völlig anders zu verstehen, als sie sich selber interpretiert. Die Christen sollen auch die Funktionäre dieses Regimes darauf anreden, das zu tun, wozu sie eigentlich da sind, nämlich ein Leben im Frieden zu ermöglichen. Das bedeutete, im Sinne dieses Auftrags auch diesen Staat ernstzunehmen - das war Thema in der Studentengemeinde. Zum Hauptanstoß wurde damit eigentlich ein durch Hamel vorgeworfenes Unterlaufen des staatlichen Repressionssystems.

** Frau W. berichtete im Herbst 1997 gegenüber dem Autor, daß selbst in den 70er Jahren während eines Besuches in der Privatwohnung von J. Hamel dieser eine sehr große Wirkung und nahezu charismatische Ausstrahlung auf sie hatte. Eine bloße Versetzung des damaligen Studentenpfarrers 1953 als Ausweg aus der "Schadenskrisen", wie sie Leo Stern in seinem Brief vom Oktober 1952 mahnend umreißt, hätte offenbar nicht zu dem erwünschten Ergebnis geführt. Aber welches Ergebnis war damals von Leo Stern erwünscht?*

Jürgen Runge

(Vertrauensstudent der Evangelischen Studentengemeinde in Halle 1953;
Foto: Halle, Privatwohnung von Dr. Runge im März 1998)



(Foto: Gursky, 1998)

A. G.: Seit wann waren Sie Vertrauensstudent in der Evangelischen Studentengemeinde in Halle? Wie erlebten Sie den 'Kirchenkampf' 1952/53 konkret an der halleschen Universität?

Jürgen Runge: Wenn ich mich recht erinnere war ich Vertrauensstudent seit Januar 1953. Die Eskalation im sogenannten 'Kirchenkampf' kam ja dadurch zustande, daß im Jahre 1952 die Studentengemeinde eine Vortragsreihe an der Universität veranstaltete mit Billigung des Rektors Leo Stern, die einen ziemlichen Zulauf hatte, so daß das Auditorium Maximum benutzt werden mußte. Soweit ich mich erinnere gab es 6 Vorträge, meistens von Professoren der Universität. Es war auch eine

Philosophieprofessorin aus Berlin dabei: Lieselotte Richter. Sie hielt einen Vortrag über Kierkegaard im Hörsaal 4, das war der zweitgrößte Hörsaal der Uni im Hauptgebäude. Dort war auch Leo Stern anwesend. Es kam zur Diskussion und im Rahmen der Diskussion nannte Frau Richter die marxistische Philosophie eine 'happy-end-Philosophie'. Darauf bekam Leo Stern einen Wutanfall verließ den Saal und knallte die Tür zu. Das war wohl ein Zeichen dafür, daß offenbar die ganze Reihe in seinen Augen zu weit gegangen war. Die Studentengemeinde hatte einen Einfluß dokumentiert an der Universität, der ihm selbst wahrscheinlich zu schaffen machen könnte in der Partei. Es kam von da an zu massiver Gegenpropaganda.

A. G.: *Blieb es bei der einen Vortragsreihe?*

Jürgen Runge: Nun - wir haben dann versucht etwas Ähnliches im Jahre 1953 zu wiederholen. Wir haben eine neue Vortragsreihe geplant, obwohl es ziemlich aussichtslos schien. Ich bin in dieser Angelegenheit bei Stern gewesen in seinem Arbeitszimmer, wollte ihm das vortragen. Er empfing mich mit den Worten: „Na Herr Runge, was macht Ihr lieber Gott?“ -

Ich war 22 Jahre alt, Student in Halle. Mir fiel eine etwas freche Antwort ein. Ich sagte: „Magnifizenz, der hat ein Auge auf Sie.“ -

Ich trug ihm unseren Wunsch vor und er sagte, das komme nicht wieder in Frage. Es sei für ihn nicht akzeptabel.

A. G.: *Und Johannes Hamel? Durch die Vortragsreihe machte er sich doch bestimmt nicht sehr viele Freunde in der Universitätsleitung?*

Jürgen Runge: Johannes Hamel galt natürlich als "Drahtzieher" der Veranstaltung und in der Folge als "Verhetzer" und "Verführer" der Studenten. Er war fortan eigentlich immer in Begleitung von mehreren Stasi-Spitzeln - und nicht nur an der Universität - also von Leuten, die man schon an ihrem Äußeren erkannte. Wenn er also nach einer Abendveranstaltung in die Straßenbahn stieg, folgten ihm die Stasi-Leute immer jeweils vorne und hinten, damit sie ihn immer jeweils schön im Blick hatten. Die Stasi hatte auch ein Zimmer gemietet gegenüber seiner Wohnung. Von dort aus beobachteten sie genau, welche Bewegungen vor seinem Hause stattfanden. Das wußten wir auch, daß die dort sitzen. Wenn er das Haus verließ kamen sofort auch dort Leute heraus und fuhren ihm mit dem Auto hinterher.

A. G.: *Er wurde ziemlich eng beschattet?*

Jürgen Runge: Ja, und als es zur Verhaftung gekommen war, gab es - wie das so üblich war - sofort eine Hausdurchsuchung. Mehrere Leute durchwühlten

alles und bei der Gelegenheit ist wohl auch eine Namenskartei über die Studentengemeinde gefunden worden. Nach meiner Erinnerung waren das über 500 Namen von Studenten, die mehr oder weniger zu den Veranstaltungen regelmäßig kamen.

A. G.: *Die Veranstaltungen der Studentengemeinde wurden rege besucht- und dann kam der Studentenpfarrer nicht mehr?*

Jürgen Runge: Regelmäßig war das jeden Mittwoch - es kamen immer so um die 150 bis 200 Studenten in den Saal der Stadtmission am Weidenplan. Der Saal war gerade ausreichend.

Die Tatsache der Verhaftung sprach sich schnell herum. An diesem Abend sprachen wir zu zweit mit dem Propst von Halle, dem nachmaligen Bischof Jänicke. Wir haben dann verabredet, wie es weitergehen soll. Ich habe nachts noch Herrn Dr. v. Rabenau aufgesucht, der damals Oberassistent am Alttestamentlichen Seminar war. Der sollte wohl zunächst die Vertretung übernehmen.

A. G.: *Wie ging es nun weiter in der halleschen Studentengemeinde?*

Jürgen Runge: Wir haben versucht, das Leben der Studentengemeinde normal weiterzuführen. Das ist auch gelungen. Die Vertretung von Hamel übernahm der leider zu früh verstorbene Pfarrer Gutjahr. Irgendwann reifte der Gedanke, Johannes Hamel im Gefängnis zu besuchen.

A. G.: *War das in dieser Situation nicht illusorisch?*

Jürgen Runge: Damals wußten wir, daß er in Berlin-Lichtenberg einsaß. Wir wandten uns an den Berliner Generalsuperintendenten Scharf und an den Generalsuperintendenten Krummacher, den nachmaligen Bischof von Greifswald. Die sagten uns, daß es noch andere Besucher von Gefangenen in Berlin gäbe - es könnte ein Besuch arrangiert werden. Wir fuhren zu zweit nach Berlin. Wir trafen Scharf und Krummacher sowie die Angehörigen weiterer Verhafteter in der Neuen-Grün-Straße und fuhren nach Lichtenberg in die Stasi-Zentrale. Wir wurden dort empfangen und kamen in ein Besuchszimmer. Die Fenster waren blind und hatten keine Fensterriegel. Beide Generalsuperintendenten verschwanden nach draußen, um zu verhandeln. Wir warteten ziemlich lange in diesem Raum, hörten im Hof Lastwagengeräusche und militärische Befehle. Nach längerer Zeit kehrten Scharf und Krummacher erfolglos zurück. Es war völlig aussichtslos, einen Besuchstermin zu erwirken. Wir sind dann wieder nach Hause gefahren.

A. G.: *Hat es vor 1953 schon Situationen oder Reaktionen gegeben, die auf eine Verhaftung von Herrn Hamel womöglich hindeuteten? Der Einzelvorgang 'Riga' wurde nämlich bereits 1950 eröffnet.*

Jürgen Runge: Das ist schwierig zu sagen. Ich bin im Jahre 1950 zur Studentengemeinde gestoßen und eigentlich durch die Person von Hamel da gebunden gewesen. Er hat in ungewöhnlich offener Weise geredet, ohne Rücksicht zu nehmen - aber auch, ohne verletzen zu wollen. Er hat eben einfach "offen die Wahrheit gesprochen", wie das Viele empfanden, was in diesem Zusammenhang natürlich sofort von der Gegenseite als Systemkritik verstanden wurde. Daß er oft mit Personen Kontakt hatte, die zum IM gepreßt worden waren, das war mir damals deutlich. Er hat sich um sie gekümmert, zum Teil hat er sie auch losbekommen, indem er mit ihnen zum Treff gegangen ist und gesagt hat: jetzt ist Schluß. Das war sicher auch ein Stein des Anstoßes gewesen, daß er sich um diese Menschen - zumindestens auch halb öffentlich - gekümmert hat. Das andere war eben seine offene Redensweise und Kritik, seine Gegenüberstellung von marxistischen Ideen und Inhalten des Neuen Testaments. Das kam sozusagen in fast jeder Bibelstunde vor, hier war er natürlich kompromißlos. Das war für jedermann offensichtlich.

A. G.: *Die Persönlichkeit Johannes Hamel wirkte überragend und für viele beeindruckend?*

Jürgen Runge: Das ist ganz sicher. Es kamen sogar viele Studenten zu den Veranstaltungen nicht unbedingt aus christlichen Motiven heraus. Sie waren beeindruckt von der offenen Rede, der offenen Sprache und schätzten vor allem die Atmosphäre einer geistigen Auseinandersetzung mit der Zeit. Sehr häufig fanden bei Johannes Hamel offene Abende statt. Es wurden bestimmte Themen besprochen - theologische und auch zeitgeschichtliche Themen. Er hatte eine Bibliothek mit westlicher Literatur, die er auch auslieh. Ich habe davon vielfach Gebrauch gemacht. Er vervielfältigte einschlägige Artikel aus ihm zugänglichen Zeitschriften und gab sie an, wie ich denke, ausgewählte Studenten weiter. Sie waren mit Schreibmaschine geschrieben und betrafen aktuelle Themen wie die Wahrheitsfrage, die Friedensfrage, Gesellschaftskritik und theologische Probleme sowie Rezensionen. Das war natürlich ein weiterer Stein des Anstoßes und in den Augen der Machthaber illegal. Insbesondere die Betonung der Wahrheitsfrage mußte angesichts ihrer marxistischen Relativierung als offene Herausforderung empfunden werden. Das Atmosphärische der damaligen Auseinandersetzungen kann heute nur noch schwer reproduziert werden. Johannes Hamel versuchte auch, Professoren anzusprechen. Es gab einen Kreis von Professoren, der sich offen zur Studentengemeinde bekannte und dies gelegentlich auch öffentlich sagten.

A. G.: *Gibt es da Beispiele?*

Jürgen Runge: Natürlich - so zum 1. Mai, wo Transparente gegen die Junge Gemeinde getragen wurden. Nach meiner Erinnerung sagten verschiedene Professoren dem Rektor, wenn die Transparente nicht verschwänden, würden sie an der Demonstration nicht teilnehmen. Und das waren keineswegs in erster Linie Theologieprofessoren.

A. G.: Johannes Hamel hatte - wie mir das auch schon wiederholt bestätigt wurde - eine nahezu charismatische Ausstrahlung. Viel hing also damals im halleschen Kirchenkampf an der Person des Studentenpfarrers Hamel. Hätte da mit einer möglichen bloßen Versetzung das Ausstrahlungsproblem gelöst werden können? Herr Hamel hätte ganz sicher auch woanders diese Ausstrahlung gehabt!

Jürgen Runge: Ganz sicher, ja.

A. G.: Das sage ich deshalb, weil in dem Brief von Leo Stern auch formuliert steht: „... durch Verhaftung oder auf andere Art das Handwerk legen...“ - Auf andere Art - das könnte auch eben nicht bloße Versetzung bedeuten.

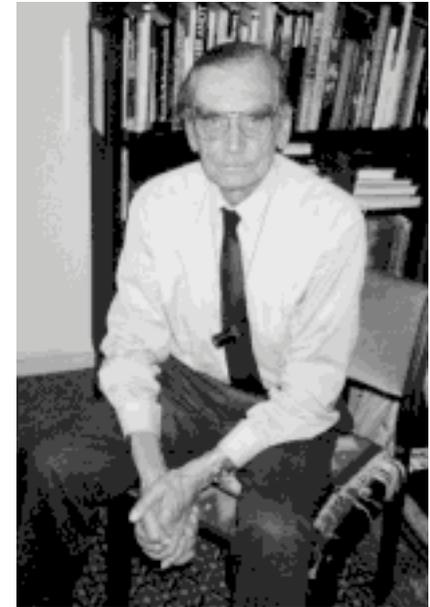
Jürgen Runge: Davon war damals durchaus auszugehen. Wir hatten Beispiele spurlosen Verschwindens vor Augen. Ich selbst bin in dieser Hinsicht von wohlmeinender Seite gewarnt worden. Die Geschichte geht ja noch weiter an der Universität nach der Verhaftung von Johannes Hamel. Man knöpfte sich einzelne Studenten vor, beispielsweise auf FDJ-Versammlungen, wo Mitglieder der Studentengemeinde Rede und Antwort stehen mußten. Das waren zum Teil sehr unangenehme Situationen, in denen man oft nicht wußte, wie man sich verhalten sollte. Das grundherrschende Gefühl war einfach - Angst. Ich selbst war auch in solchen Situationen. Es gab aber auch Beispiele von Mut und freiem Bekenntnis.

A. G.: Und dennoch gilt auch hier wiederum Johannes Hamel vielen als Leitfigur, nämlich in seiner Aufforderung, frei zu denken - und zu handeln, auch in Situationen der Angst.

Jürgen Runge: Ja, was er uns bewußt gemacht hatte, ist: Ein Christ ist ein freier Mensch und allein seinem Gewissen unterworfen und so haben viele auch versucht zu reagieren. Die Beanspruchung eines Freiheitsraumes innerhalb eines Systems, in dem niemandem die Freiheit gelassen wurde, das zu denken, was er denken wollte, sondern ihm das vorgesetzt wurde, was er zu denken hatte, das war unmittelbar systemgefährdend. Für die Partei erschien es absehbar, daß sich hier etwas entwickelte, das nicht einzudämmen war.

Horst Lahr

(1954-1963 Dozent in Naumburg, Mitverfasser der Handreichung)



(Foto: Gursky, 1998)

A. G.: Ihnen ist Herr Hamel aus der gemeinsamen Zeit Ihrer Tätigkeit am Katechetischen Oberseminar in Naumburg bekannt. Sie verfaßten beide Ende der 50er Jahre eine Handreichung, die die Stellung des Christen in der DDR zum Inhalt hatte. Wie würden Sie aus heutiger Sicht die Handreichung einordnen, die unter dem Titel „Das Evangelium und das christliche Leben in der DDR“ erschien?

Horst Lahr: Es hat verschiedene Veranlassungen gegeben, daß wir, also das Kollegium des Katechetischen Oberseminars in Naumburg, von der Kirchenleitung den Auftrag zur Abfassung der Schrift bekommen haben. Ein Grund war das Kommuniqué zu einem Treffen von Ministerpräsident Grotewohl mit kirchlichen Partnern, die zu diesem Gespräch aber keinen offiziellen Auftrag kirchlicherseits hatten. Dieses Ereignis stieß in unseren Kirchen auf heftige Kritik und machte zugleich deutlich, daß die Grundlagen des Verhältnisses der Christen zur DDR kirchenleitend dargelegt werden müßten. Eine m. E. noch wichtigere Veranlassung war die sich als große Welle bereits entwickelnde sogenannte Republikflucht. Das betraf ja unmittelbar den seelsorgerischen Auftrag, den die Kirche an ihren eigenen Gliedern hatte.

A. G.: Mit dem Verhältnis Staat-Kirche war bereits seit Jahren auch Johannes Hamel befaßt. In einem MfS-Dokument wird er sogar als „führender ideologischer Kopf des KOS“ bezeichnet.

A. G.: Mit dem Verhältnis Staat-Kirche war bereits seit Jahren auch Johannes Hamel befaßt. In einem MfS-Dokument wird er sogar als „führender ideologischer Kopf des KOS“ bezeichnet.

Horst Lahr: Jedenfalls für die Handreichung stimme ich dem zu (freilich unter Streichung von "ideologischer"). Was die Persönlichkeit Johannes Hamels hierbei kennzeichnet, ist der theologische Ansatz dieses ganzen Unternehmens. Ich selbst habe dabei als sein Mitarbeiter sehr viel gelernt.

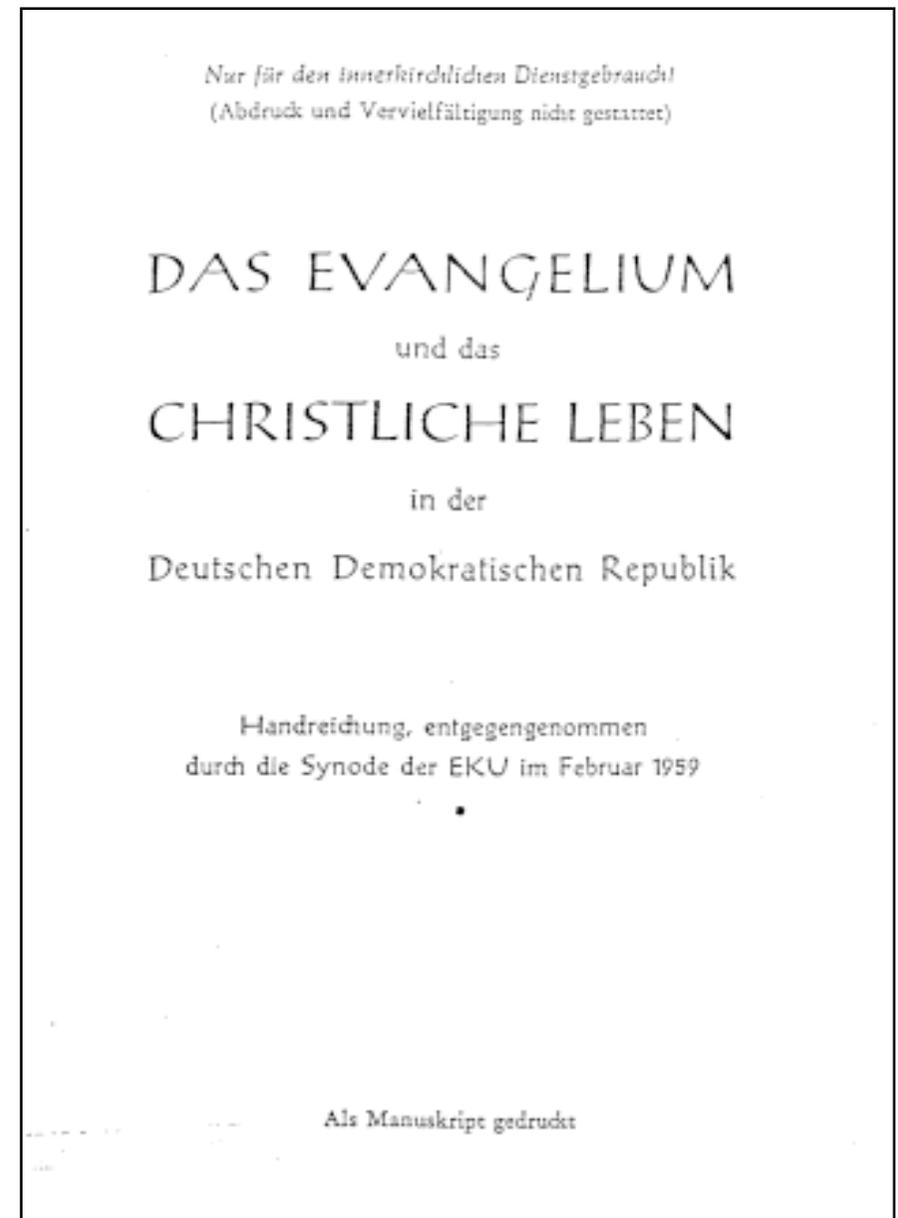
A. G.: Nicht wenig wird aber gerade aus der Sicht von verschiedenen Theologen oder anderen Kirchenangehörigen der damalige Ansatz, von dem Sie sprachen, als Strategie der Systemanpassung interpretiert. Sind die Ausführungen

in der Handreichung Ausdruck einer zunehmenden Systemkonformität, wie allerdings auch schon zur damaligen Zeit zu vernehmen war? Ich erinnere an die Formulierung „roter Hamel“.

Horst Lahr: Zu den Vorzügen des Dokumentes gehört die Klarstellung der Freiheit, die einen Christenmenschen im Glauben zuteil wird: Freiheit zum Urteilen, Freiheit zum Ratgeben, Freiheit zum Handeln. Daß man also frei wird von einer Abhängigkeit politischer Prägung, von welcher Färbung sie auch sei. Es mußte damals - das war unsere Überzeugung - konkret gesagt werden, daß diese Freiheit weder mit tradierten antikommunistischen Einstellungen noch mit einer opportunistischen Haltung vereinbar ist. Im ersten Teil der Handreichung wird das ausgeführt; er schildert ja die Gefahren, die von verschiedenen Seiten her bestanden. Die theologischen Voraussetzungen für die Beurteilung und Darlegung der Situation stehen im Mittelteil. Im dritten Teil erfolgt die praktische Anwendung. Beides, Situation und Anwendung, verstehen sich von dem her, was das heißt: Leben und Glauben und damit in der Nachfolge Christi, des Gekreuzigten und Auferstandenen, der den Menschen im Heiligen Geist ein neues Leben vermittelt. Von daher die Situation zu beurteilen, ist etwas völlig anderes als zu urteilen von einer wie auch immer geprägten politischen Einstellung her. Hamels Verdienst ist es, mit diesem zentralen Teil der Handreichung Anleitung dazu gegeben zu haben, wie man vor dem Evangelium verantwortbar die Situation, in der wir damals standen, zu beurteilen hatte, um von da aus auch Folgerungen ziehen zu können über das Verhalten des Einzelnen und die verschiedenen Fragen, die sich dabei stellen. Um es nochmals zusammengefaßt zu sagen: es handelt sich um die Freiheit, die man gewinnt in der Gemeinschaft, in der Nachfolge Jesu Christi. Diese Freiheit macht frei von falschen politischen Abhängigkeiten und sie macht frei zu einem neuen gehorsamen Handeln im Glauben. Damit sind die drei Teile der Handreichung skizziert. Und insofern ist der Vorwurf der opportunistischen Angleichung absolut abwegig.

A. G.: *Der politische Bezug ist doch aber bei aller theologischen Erklärung nicht von der Hand zu weisen - und gerade das bringt wohl eher die, wenn Sie so wollen, politischen Irritationen.*

Horst Lahr: Der "politische Bezug" ist geradezu gewollt, aber in selbständiger Weise und dialektischer Gestalt, z. B. einerseits, daß Gott auch durch die sozialistische, atheistische Regierung Gutes schafft und daß man als Christ dementsprechend den Auftrag hat, sich auf den Weg zu machen, um eben auch bei dieser Regierung Gutes zu finden - selbst wenn man eine von der bürgerlichen Tradition bestimmte negative Einstellung ihr gegenüber hat. Aber



*Handreichung 1958, von Johannes Hamel und Horst Lahr
(Katechetisches Oberseminar Naumburg)*

es wird nicht nur dieses gesagt, vielmehr geht es um ein Zustandekommen von drei unterschiedlichen Ansätzen: wo kann ich verantwortlicherweise mitmachen? - wo muß ich widerstehen? - wo habe ich zu schweigen?

A. G.: Zur damaligen Zeit ist die von Ihnen dargelegte Interpretation der Handreichung bereits mißverständlich aufgefaßt worden, sogar von Pastoren. Würde nicht die erste Frage nach dem „Mitmachen“ auch den Teil der Kirchenvertreter aus dieser Sicht rechtfertigen, die als inoffizielle Mitarbeiter des MfS auch „das Gute“ zu erreichen sich vornahmen?

Horst Lahr: Das ist ein anderes Feld. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir auch daran dachten, als wir die Handreichung verfaßten. In unseren Kirchen gab es die allgemeine Absprache: wenn ein Pfarrer von der Stasi angesprochen wird, soll er sagen: Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß ich meinen Vorgesetzten von diesem Gespräch berichte. Wenn er das getan hat, war in der Regel dieser Fall erledigt. Für die Handreichung war diese Frage, wenn ich mich nicht täusche, (noch) kein Thema.

A. G.: Für welchen konkreten institutionellen Adressaten wurde die Handreichung eigentlich erarbeitet?

Horst Lahr: Das Dokument wurde der Synode der Evangelischen Kirche der Union 1959 vorgelegt. Eine Gruppe von Synodalen hat sich im Öffentlichkeitsausschuß mit dem Papier befaßt und es dann an die Synode für die Beschlußfassung als Empfehlung gegeben. Diese Empfehlung hatte zum Inhalt, daß dieses Papier in den Gliedkirchen an die Pfarrschaft weitergegeben werden sollte. Insofern hatte die Synode es sich zu eigen gemacht, ohne allerdings eine Gesamtzustimmung zu geben. Korrespondierend zur Handreichung richtete die Synode ein Schreiben an den Ministerpräsidenten mit konkreten Petitionen; Grotewohl verweigerte jedoch die Annahme des Briefes. Auch gab die Synode den Auftrag, an der Handreichung weiterzuarbeiten, um auf der nächsten Tagung eine ergänzende Fassung vorzulegen. 1961 machte sich die Synode das Kapitel zur "Republikflucht" voll zu eigen und beschloß seine Weitergabe an die Kirchengemeinden.

Vorgang "Riga" - ein Interview* mit dem ehemaligen MfS-Vernehmer O. Vogel

A. G.: Herr Vogel, Sie waren 1953 in der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Roter Ochse in Halle, als Vernehmer tätig. In diesem Zusammenhang verhörten Sie den damaligen Studentenfarrer Johannes Hamel. Es war die Zeit, die man schon damals als Kirchenkampf bezeichnete.

Was kennzeichnete aus Ihrer Sicht speziell den Kirchenkampf auf dem Hintergrund des Wirkens der Staatssicherheit?

O. Vogel: Zur sachlichen Richtigstellung: Ich war 1953 Mitarbeiter - Untersuchungsführer - in der Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung Halle des MfS mit Sitz im Komplex Kirchtor. Untersuchungsanstalt und Untersuchungsabteilung waren zwei eigenständige Dienstbereiche des MfS mit vollkommen unterschiedlichen Aufgabenstellungen. Zu dem Problem "Kirchenkampf" möchte ich zum Ausdruck bringen, daß das Spannungsverhältnis zwischen den Kirchen in der DDR und dem Staat in den Jahren 1952 und 1953 eine besondere Zuspitzung erfuhr. Für diese Zuspitzung waren sicher viele Faktoren mitwirkend, nicht zuletzt die damalige außerordentliche Verschärfung des Kalten Krieges und die Zuspitzung der inneren Lage in der DDR. Auch das MfS war als Machtorgan spezifisch in diese Auseinandersetzung involviert. Mir ist aber aus meiner Erinnerung niemals bekannt geworden, daß in den Reihen des MfS von einem Kirchenkampf gesprochen wurde. Außerdem wäre dies eine politische Entscheidung gewesen, für die das MfS keine Kompetenz gehabt hätte. Maßnahmen gegen kirchliche Einrichtungen oder gegen kirchliche Würdenträger hätte das MfS niemals ohne Entscheidungen der höchsten Parteispitze durchführen können. Die Austragung der damaligen zugespitzten Konflikte zwischen Staat und Kirche - der ja auch eine historische Komponente zugrunde lag - und den Sie hier verkürzt als Kirchenkampf bezeichnen, hatte aber ganz sicher zwei Seiten. Auch die Seite der Kirche war in diesem Konflikt keine passive Größe. Daß seitens des Staates damals versucht wurde, die vorhandenen Konflikte mit strafrechtlichen Mitteln zu lösen, war ganz sicher einer der schwersten politischen Fehler, der damals begangen wurde. Er wurde dann nach dem 17. Juni 1953 korrigiert. Aus der Gesamtheit der zur Inhaftierung des damaligen Studentenfarrers Johannes Hamel vorliegenden Unterlagen müßte deutlich werden, so hat es mir auch Herr Hamel 1995 persönlich gesagt, daß die diesbezügliche Entscheidung nicht durch das MfS getroffen wurde, ohne damit in Abrede stellen zu wollen, daß das MfS zu dieser Entscheidung direkt oder indirekt beigetragen hat.

A. G.: *Sie sprachen von einer politischen Entscheidung, die den Kirchenkampf in der DDR letztlich auslöste. Es mußte sich also um einen Hintergrund handeln, der demnach in der Kirchenpolitik der SED selbst zu suchen ist?*

O. Vogel: Ich habe davon gesprochen, daß zum Beispiel die Inhaftierung des Pfarrers Johannes Hamel eine Entscheidung war, die von der politischen Führung befunden wurde. Diese Entscheidung war jedoch nicht der Beginn der Konflikte zwischen Staat und Kirche oder eines Kirchenkampfes, wie Sie es nennen, sondern es war ein ungeeignetes Mittel, die Spannungen abzubauen und den vorhandenen politischen Einfluß der im Westen Deutschlands befindlichen gesamtdeutschen Kirchenführung auf den Bereich der DDR einzuschränken. Ein solcher Konfliktbereich, neben anderen, war der Kampf um die Jugend. Ein Teilbereich war dabei das Problem Jugendweihe. Dem Streben der DDR-Politik, so viel als möglich Jugendliche an die Jugendweihe heranzuführen, setzten kirchliche Kreise die Prämisse entgegen, daß ein Jugendlicher, der an der Jugendweihe teilnehme, keine kirchliche Weihe erfahren könne. Dies nur als ein Beispiel für die Zuspitzungen der Konflikte im Bereich Jugendpolitik. Auf jeden Fall waren beide Seiten - Staat und Kirche - darum bemüht, den Einfluß auf die Jugend zu erweitern. Es wäre sicher eine dankbare Aufgabe für Historiker, diesen gesamten Spannungsbereich einer genaueren Analyse zu unterziehen.

A. G.: *Und in dem durchgeführten Kampf um Einfluß auf die Jugend, lassen wir diesen Teilaspekt mal so stehen, hatte der Studentenpfarrer Hamel deutlich an Boden gewonnen - er wurde gefährlich und mußte weg?*

O. Vogel: Auf Grund der mir von Pfarrer Johannes Hamel genannten Fakten ist dies zu vermuten.

A. G.: *In den MfS-Unterlagen erscheint mir das MfS in Halle in der Tat etwas hilflos. Man konnte sich nicht entscheiden, Johannes Hamel zu verhaften und fragte deshalb gleich zweimal in Berlin beim MfS an, ob es denn nun ratsam sei oder nicht. Eine Antwort aus Berlin ist in den Akten zum Vorgang „Riga“ nicht nachweisbar, jedoch der Haftbefehl vom Februar 1953. Offenbar hatte man sich durchgerungen? Eine Empfehlung, den Studentenpfarrer verhaften zu lassen, gab im Oktober 1952, also noch kurz zuvor, der hallesche Rektor der Universität an Walter Ulbricht.*

O. Vogel: Im Jahre 1953 hatte ich weder Kenntnis von einem Brief des Rektors der halleschen Universität noch von einer konkreten Entscheidung Walter Ulbrichts. Allerdings war wohl eines klar, und das beweist Ihre Fragestellung, daß das MfS von sich aus eine Entscheidung über die Inhaftierung des Pfarrers Hamel nicht treffen konnte. Welche Bedeutung der mir durch Pfarrer Hamel genannte Brief des damaligen Rektors der halleschen Universität in diesem Entsch-

ungsprozeß gespielt hat kann ich nicht sagen, aber ich möchte persönlich davon ausgehen, daß er auf keinen Fall der alleinige Grund für die Inhaftierung war. Ob darauf Entscheidungen oder Maßnahmen der zentralen Kirchenleitung möglicherweise einen Einfluß hatten, bleibt hier auch nur zu vermuten. Auf jeden Fall lag ein Operativvorgang gegen Johannes Hamel vor, über dessen konkreten Inhalt ich heute nach 45 Jahren keine detaillierte Erinnerung mehr habe.

A. G.: *In der Presse hieß es damals, daß der "Agent des Imperialismus" - Johannes Hamel, verhaftet worden sei. Was hatten Sie dem Kirchenmann eigentlich als Vernehmer vorzuwerfen?*

O. Vogel: Pressemitteilungen sind - wie auch heute - das eine und die Realität etwas anderes. Ich weiß mit großer Sicherheit, daß gegen Herrn Pfarrer Hamel kein Spionagevorwurf vorlag. Die Pressemitteilung wurde auf keinen Fall durch das MfS, sondern durch die jeweiligen Organe der Partei in den Medien veranlaßt. Wie ich bereits weiter oben sagte, kann ich mich nach 45 Jahren sicher verständlicherweise heute nicht mehr auf die Einzelheiten der in dem Operativvorgang benannten Vorwürfe gegen Pfarrer Hamel erinnern. Ganz sicher bin ich mir, daß viele Vorwürfe mit den Aktivitäten des Herrn Hamel in der Studentengemeinde an der Universität Halle in Verbindung standen, die ganz sicher nicht auf rein religiöses Tun beschränkt waren. Damit hängt sicher auch zusammen, daß ich während der Untersuchungsführung die Orientierung erhielt zu prüfen, inwieweit Fakten vorliegen und Möglichkeiten sichtbar seien, der Studentengemeinde eine illegale Tätigkeit nachzuweisen und ein Verbot der Studentengemeinde herbeiführen zu können. Nach entsprechenden Ermittlungen gelangte ich zu der Einschätzung, daß ein solcher Nachweis nicht zu erbringen sei und ein Verbot der Studentengemeinde einem Verbot der Kirche gleichkäme, da die Studentengemeinde nach meinen Erkenntnissen Teil der Kirche ist.

A. G.: *Ihren Auftrag konnten Sie also nur zum Teil umsetzen?*

O. Vogel: Auf Grund meiner Erkenntnisse kam es überhaupt nicht zu einer solchen Entscheidung. Ich habe damals dem damaligen Chef der Bezirksverwaltung Halle - Oberst Voedisch - meine Erkenntnisse und meinen Standpunkt vorgetragen und dieser hat diesen nicht nur anerkannt, sondern ihn, nach meinem Wissen, auch gegenüber der Zentrale in Berlin vertreten. Kurze Zeit danach wurde Pfarrer Hamel nach Berlin überführt und die weiteren Ermittlungen wurden bei der dortigen Untersuchungsabteilung geführt. Ich hatte danach auf die Dinge weder Einfluß noch Kenntnis über den weiteren Verlauf des Verfahrens.

A. G.: *Hat die Person des Pfarrers Johannes Hamel im Rahmen Ihrer gesamten Untersuchungstätigkeit eine besondere Rolle gespielt?*

O. Vogel: Ich kann sagen, daß mir aus verschiedenen Gründen die Person des Herrn Pfarrer Hamel sehr nachdrücklich in Erinnerung geblieben ist. Dies sicher einerseits, da wir zu vielen politischen und ideologischen Fragen und Themen sehr intensiv und konträr diskutiert haben und zum anderen war für mich - damals als 24-jährigen - die Arbeit mit dem Pfarrer Hamel eine geistige Herausforderung.

A. G.: *Schlug sich das in den Vernehmungen selbst wieder? Wie zeigte sich das? Ich muß hier vorausschicken, daß Pfarrer Hamel heute im Rückblick davon spricht, Bibelarbeit mit dem Vernehmer geleistet zu haben - quasi in der Zelle!*

O. Vogel: Zunächst muß ich hier nochmals auf die strikte Trennung zwischen Untersuchungsabteilung und Untersuchungshaftanstalt verweisen. Als Untersuchungsführer hatte ich grundsätzlich keinen Zugang zur Untersuchungshaftanstalt. Die Inhaftierten bzw. Beschuldigten wurden durch einen Mitarbeiter der Untersuchungshaftanstalt in die Räume der Untersuchungsmitarbeiter zur Vernehmung zugeführt und nach der Vernehmung in die Untersuchungshaft zurückgebracht. Nach meiner Erinnerung war Herr Hamel im Untersuchungshafthaus A untergebracht - wie übrigens alle Untersuchungshäftlinge. Während der zahlreichen Vernehmungen mit Herrn Pfarrer Hamel haben wir tatsächlich in recht umfangreichen Maße Diskussionen über religiöse, kirchliche und kirchengeschichtliche Fragen diskutiert. Es entspricht auch den Tatsachen, daß ich mir für diese Zwecke eine Bibel besorgt habe. Für mich waren dies sehr anregende Gespräche und ich habe sie genutzt, um mein damals sehr bescheidenes Wissen auf diesen Gebieten zu erweitern. Meinem Wunsch entsprechend, hat Pfarrer Hamel im Vernehmungsraum ein umfangreiches Exposé über die geschichtliche Entwicklung der Bekennenden Kirche geschrieben, über das wir auch ausgiebige Gespräche geführt haben. Beeindruckt hat mich eine zum Teil vollkommen andere Auslegung der Bibel, als ich dies bisher kennengelernt hatte.

A. G.: *Wiederum rückblickend spricht der damals von Ihnen Vernommene von einem inzwischen freundschaftlichen Verhältnis, das Sie beide haben. Stimmen Sie dem zu?*

O. Vogel: Auf Initiative von Herrn Pfarrer Hamel kam es 1994 nach der Wende zu einer ersten Begegnung zwischen uns in meiner Wohnung und von diesem Zeitpunkt an hat sich zwischen uns ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt und wir stehen bis heute in ständiger Verbindung. Auf seine Initiative hin habe ich auch zweimal am Beienroder Konvent teilgenommen.

**Das Interview fand im November 1997 und im April 1998 zwischen dem Autor und O. Vogel in dessen Privatwohnung statt.*

Zwischen Verurteilung und Entlassung - Vorgang "Riga" in Berlin-Hohenschönhausen

Am 9. Mai 1953 übernahm das MfS in Berlin den Untersuchungshäftling Johannes Hamel in die Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen. Umfangreiche Ermittlungen, heißt es im Übernahmevermerk, seien noch durchzuführen und beantragt wird eine Fristverlängerung für die Untersuchungshaft bis zum 12. Juli 1953. Zunächst jedoch verständigten die MfS-Ermittler umgehend am 12. Mai 1953 die sowjetischen "Berater" in Karlshorst über den Vorgang.

Wenige Wochen zuvor, am 9. April 1953, erhielt der Chef der SKK, General Tschuikow in Berlin-Karlshorst, ein Schreiben der evangelischen Bischöfe in der DDR, in dem es heißt: "... ein Kirchenkampf großen Ausmaßes hat im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik begonnen. Dabei habe die Junge Gemeinde ausschließlich die Aufgabe, die Jugendlichen mit der Bibel, mit der Geschichte und dem Leben ihrer Kirche bekanntzumachen usw. ... Politische Schulung oder Beeinflussung im staatsfeindlichen Sinne ist ausgeschlossen. Die Vertreter der sowjetischen Dienststellen haben diese Arbeitsweise immer gebilligt. Sie ist jahrelang unbeanstandet geschehen und ist unverändert geblieben bis auf diesen Tag."¹⁵

Ende Mai 1953 differenzierten die staatlichen Stellen in der DDR zwischen "fortschrittlichen" und "reaktionären" Kirchenvertretern und räumten sogar "Mißgriffe" in ihrem bisherigen Vorgehen ein. Pfarrer Hamel, der nach Aktenlage in der Berliner Untersuchungshaft als "Verbrecher" und "Agent" registriert worden war, fiel wohl allerdings nicht unter die mit dieser vagen Umschreibung Betreffenden.¹⁶ Am 8. Juni 1953 erhielt Zaisser ein geheimes Schreiben von Grotewohl, in dem die sofortige Einstellung aller gerichtlichen Maßnahmen im Kirchenkampf angewiesen wurde. "Ausgenommen", so Grotewohl, "sind selbstverständlich polizeiliche oder Sicherungs-Maßnahmen, die sich aus dem Vorliegen eines Verbrechens ergeben."¹⁷ Genau eine Woche hiernach, am 15. Juni 1953, heißt es in einem "MfS-Bericht" über den "Beschuldigten Hamel...:

Er hat in seiner Eigenschaft als evangelischer Studentenpfarrer seit 1948 fortgesetzt Verbrechen und Boykotttätze gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen betrieben."¹⁸

¹⁵ Vgl. Besier, G.: a.a.O., S. 120/21

¹⁶ Die in den MfS-Akten heute nachweisbaren Berliner Vernehmungsprotokolle beinhalten im Unterschied zu den haleschen Verhörprotokollen nicht nur ausdrücklich die Bezeichnungen "Verbrecher" und "Agent"; sie zielen auch in der Methodik der Ermittlungen auf eine hierauf beruhende Verurteilung von J. Hamel ab.

¹⁷ Vgl. Besier, G.: a.a.O., S. 124

¹⁸ BStU, Ast Halle, Au 535/53, S. 138

Die "verbrecherischen Aktivitäten" werden im zitierten Bericht auf vier Folgeseiten einzeln und detailliert ausgewiesen. Dementsprechend endet der Bericht mit der Empfehlung, "den Beschuldigten dem Gericht zur Aburteilung zu übergeben", da "eine gerichtliche Bestrafung über 3 Jahre zu erwarten ist". Das Maß der Verurteilung begründet der Berichtsverfasser mit "der Schwere der von ihm" (Hamel, Anm. A. G.) "begangenen Verbrechen". Zwei Tage nach der MfS-Forderung, Johannes Hamel gerichtlich abzuurteilen, erlebten die SED-Staatspartei und die, wie es später heißen wird, "Verschwörer im MfS"¹⁹, allen voran Wilhelm Zaisser selbst, ihr bis dahin wohl größtes Fiasko - den 17. Juni 1953.²⁰

Der Arbeiteraufstand in der DDR "hatte", folgt man Besier, "auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche erstaunlich geringe Auswirkungen." Im Gegenteil erhielten die untergeordneten kirchlichen Stellen Anweisung "...alle Christen der ev. luth. Landeskirche zur Ruhe und Ordnung aufzufordern und sich von den Demonstrationen fernzuhalten. Vor allem aber sollte das Kugelkreuz ... nicht aus Herausforderung getragen werden." Die Pfarrer wurden angehalten, "im Gottesdienst am Sonntag, dem 21. Juni 1953, im Geiste des Kommuniqués auf die Christen zu wirken...⁽²¹⁾... Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Republik gehe einem wirklich neuem Zusammenleben der Menschen entgegen." In einer am 18. Juni 1953 verfaßten Denkschrift der Berliner EKD-Kirchenkanzlei wurde die Zuversicht geäußert, "daß unter den im Sommer 1952 begonnenen 'Kirchenkampf' in der ersten Junihälfte 1953 vorerst [sic] ein Schlußstrich gezogen sein dürfte."²²

Für den Studentenpfarrer Hamel erteilte der damalige Staatssekretär im MfS, Erich Mielke, am 9. Juli 1953 den Schlußstrich für die Entlassung aus der Untersuchungshaft Berlin-Hohenschönhausen. Gerade auf dem Titelblatt des MfS-Berichtes vom 15. Juni 1953, der eine mehrjährige Verurteilung des unbequemen Kirchenmannes avisierte, ist handschriftlich zu lesen: "entlassen, Mielke 9.7.53" Am 10. Juli 1953 versicherte der bis dahin Inhaftierte, während der Untersuchungshaft beim MfS "korrekt behandelt" worden zu sein. Johannes Hamel war frei, das MfS behielt ihn jedoch weiterhin im Visier. Die Aufhebung des Haftbefehls gegen Hamel "wegen Dir. 38" datierte das Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte nüchtern und bezeichnenderweise im Nachgang zur Mielke-Anweisung am 24. Juli 1953.

19 Vgl. hierzu weiterführend: Das Herrstadt-Dokument, hgg. von N. Stulz-Herrstadt, Reinbeck b. Hamburg 1990

20 weiterführende Literatur u. a.:

21 Vgl. Besier, G.: a.a.O., S. 133

22 ebenda, S. 134

BStU
060862

Berlin, den 15. Juni 1953

Bericht

Objekt: Übernahme des U.-Hilflings H. A. E. L., Johannes, geb. am 19.11.1911, wohnhaft in Halle/Saale, Seppelinstraße 58, von der Abt. IX des MfS Halle.

Bemerkung: Ohne.

Die bisherige Untersuchung gegen den Beschuldigten HAMEL, der in Halle einsetzt, hat ergeben, daß er der Leiter der sogenannten "Studentengemeinde" in Halle war. HAMEL gibt in seinen Vernehmungen übereinstimmend mit den Aussagen der Beschuldigten [redacted] und [redacted] - einen wesentlichen Überblick über die Struktur und den Aufbau der sogenannten "Studentengemeinde" bis zur Zentrale des sogenannten "Christlichen Studenten-Verband" in Genf, dem die "ESG" in Deutschland und in anderen Ländern angegliedert ist. Übereinstimmend sagen weiterhin alle drei Beschuldigten aus, daß von der "ESG" die Zeitschrift "Die neue Kirche" herausgegeben, in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust und an Mitglieder der "ESG" weiterverbreitet wird, um eine Zersetzungsaktivität an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten und die Deutsche Demokratische Republik zu unterminieren. Weiter wird übereinstimmend von allen drei Beschuldigten ausgesagt, daß von der "ESG" bewußt bei ihren Zusammenkünften eine Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion betrieben wird und die Maßnahmen dieser Regierungen verurteilt werden, um die Studenten in der Deutschen Demokratischen Republik zu beeinflussen und die Entwicklung der fortschrittlichen Intelligenz in der DDR zu hemmen und die Deutsche Demokratische Republik zu unterminieren.

- 2 -

Dokument 1: Vorschlag des MfS Berlin, Johannes Hale von Halle nach Berlin zu überführen und dort weiter zu bearbeiten (auch S. 104)

- 2 -

BStU
000003

Der Beschuldigte HAMEL gibt ferner in seinen Vernehmungen zu, eine Hetze gegen das Volksbegehren betrieben zu haben, um die Bevölkerung von der Wahl abzuhalten.

Er hat unter dem Deckmantel der Religion getarnte Hetzschriften von Westberlin in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust und weiterverbreitet.

Aufgrund des bestehenden engen Zusammenhanges in der verbrecherischen Tätigkeit zwischen [REDACTED] und HAMEL wird vorgeschlagen, den Beschuldigten HAMEL in der Haftanstalt des MfS Halle zur Haftanstalt [REDACTED] zu überführen und der Abteilung IX des MfS zur weiteren Bearbeitung zu übergeben.

KOPIE

BStU

Zerst.
Sury

Litzsch
(Zetsche)
Leutnant

Berlin, den 9. 5. 1953

BStU
000133

Beschluß !

Betrifft: Übernahme des U.-Vorganges HAMEL, Johannes

Ich, der Sachbearbeiter der U.-Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, Unterleutnant ROGALLA, habe am heutigen Tage den Untersuchungsvorgang HAMEL von dem Sachbearbeiter der Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung Halle des Ministeriums für Staatssicherheit, Unterleutnant VOGEL, zur weiteren Bearbeitung übernommen.

Nach Durchsicht dieses U.-Vorganges habe ich festgestellt, dass es sich um einen leitenden Funktionär der unter dem religiösen Deckmantel getarnten illegalen Organisation, der sogenannten "Evang. lichen Studentengemeinde" genannt "ESG", handelt.

HAMEL ist ein sogenannter "Studentenpfarrer".

Die bisherige Untersuchung ergab, dass der Beschuldigte HAMEL in seiner Eigenschaft als leitender Funktionär der Untergrundorganisation "ESG" eine verbrecherische Tätigkeit durchgeführt hat. Es besteht der Verdacht der Spionage zugunsten des West-Imperialismus.

Ferner wurde festgestellt, dass er eine systematische Zersetzungs- und Wühl-tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik, besonders an der Universität Halle, betrieb.

Der Beschuldigte muß noch intensiver vernommen werden, hauptsächlich auf seine eigene feindliche Tätigkeit und über die illegale Organisation "ESG". Ebenfalls müssen noch Vernehmungen über Struktur, Aufbau und Verbindungen der "ESG" mit dem Beschuldigten HAMEL durchgeführt werden.

- 2 -

- 2 -

000134

Folgendes Material ist noch zu beschaffen :

1. Haftverlängerung von der Generalstaatsanwaltschaft Berlin bis zum 12.7.1953,
2. Vermögensaufstellung des Hamel, Johannes,
3. 1 Strafregisterauszug,
4. 1 rote Formmappe (Untersuchungsvorgang)

Die Abteilung IX, der Bezirksverwaltung Halle des Ministeriums für Staatssicherheit wurde am 9.5.1953 durch Anschreiben beauftragt, diese Unterlagen umgehend der Abteilung IX, Berlin zuzustellen.

Weiterhin ist noch in diesem U.-Vorgang ein Beschluss über das vorhandene Material anzufertigen und sämtliche Beweismittel zu fotokopieren.

Der Unterleutnant VOGEL von der Abteilung IX der Bezirksverwaltung Halle des Ministeriums für Staatssicherheit wurde beauftragt, die Positionen, welche in den Durchsuchungsprotokollen des U.-Vorganges HAMEL mit aufgeführt sind, aber nicht mit übergeben wurden, ebenfalls der Abteilung IX, Berlin zuzustellen.

Der Beschuldigte HAMEL muss noch auf das sichergestellte Material vernommen werden.

Folgende Akten wurden übernommen:

1. Gerichtsakte,
- 1 Handakte,
- 2 Operativ-Akten.

An sichergestelltem Material wurde nur übernommen, was in dem Besichtigungsprotokoll vom 9.5.1953 aufgeführt ist.

(R Rogalla)
Unterleutnant

(Vogel)
Unterleutnant

Berlin, 09. V. 1953

Vorgangs-Plan
zum H-Vorgang: Hamel, Johannes.

I. Vernehmungen:

- a) Struktur und Aufbau der illegalen Organisation „ESG“.
- b) Ziel der Organisation
- c) die Zersetzungs- und Wühltätigkeit dieser Organisation
- d) die Spionagetätigkeit dieser Organisation
- e) welche Verbindungen zu anderen illegalen oder legalen Organisationen, Dienststellen und Komitees.
- f) die finanziellen Mittel dieser illegalen Organisation:
 - 1) für antidemokratische Schriften
 - 2) für Tagungen und illegale Konferenzen
 - 3) für Lager mit sogen. „ökumenischen Werken“ wie z. B. Darmstadt
- g) Aufgaben der einzelnen leitenden Funktionäre der illegalen Organisation
- h) weitere Personen mit verbrecherischer Tätigkeit
- i) seine eigene verbrecherische Tätigkeit:
 - 1) Zersetzungs- und Wühltätigkeit
 - 2) Spionage
 - 3) umstürzlerische Tätigkeit

II. Zeugenvernehmungen

- a) [REDACTED]
- b) [REDACTED]
- c) [REDACTED] (sobald festgenommen)

Weitere Zeugen-Vorschläge können im Moment noch nicht gemacht werden.

III. Operative Maßnahmen

- a) Beweismittel beschaffen
- b) Festnahme der

IV. Sonstige Maßnahmen:

- a) Vermögensaufstellung
- b) Strafregisterauszug
- c) U-Vorgang besorgen (Form-Akten)
- d) Richterliche Haftverlängerung vom Generalstaatsanwalt

Die unter a - d genannten Gegenstände sind Anschreiben vom 9.V.53 von der Bezirksverwaltung Halle angefordert worden.

- 2) Beweismittel fest.....

Rogalla
(Unterleutnant)

Dokument 3: Vorgangsplan des MfS vom 9.5.1953 (Abschrift, Original auf S. 108 und 109 oben)

000056 Berlin, den 9. V 1953

Vorgangs - Plan
zum H-Vorgang: Hamel, Johannes.

I. Voraussetzungen:

- a) Struktur und Aufbau der illegalen Organisation „CS“
- b) Ziel der Organisation
- c) die Leistungs- und Wählbarkeit dieser Organisation
- d) die Spionagetätigkeit dieser Organisation
- e) welche Verbindungen zu anderen illegalen oder legalen Organisationen, Dienststellen und Komitees
- f) die finanziellen Mittel dieser illegalen Organisation:
 - 1) für antikommunistische Schriften
 - 2) für Tarnungen und illegale Kontakte
 - 3) für Lager mit sogen. „akademischen Mitteln“ wie z.B. Dammstedt
- g) Aufgaben der einzelnen Betriebe, Funktionen der illegalen Organisation
- h) aktive Propaganda mit antisowjetischer Tätigkeit
- i) seine eigene rechtliche, diplomatische Tätigkeit:
 - 1) Leistungs- und Wählbarkeit
 - 2) Spionage
 - 3) konsultative Tätigkeit

II. Angelegenheiten:

- a) [redacted]
- b) [redacted]
- c) [redacted] (siehe Protokolle)

Weitere Fragen - Vorschläge können im Rahmen noch nicht gemacht werden.

III. Operative Maßnahmen

000057

- a) Beweismittel beschaffen
- b) Festnahme der [redacted]

IV. Sonstige Maßnahmen:

- a) Vermögensaufklärung
- b) Strafprozessverfassung
- c) H-Vorgang Hamel (Form - Akte)
- d) Richtliche Haftverlagerung von Jugendkammeranwalt

Die unter a - d genannten Gegenstände sind durch Beschl. vom 9. V. 53 von der Bezirksverwaltung Halle angefordert worden.

e) Beweismittel feststellen

Tragella
(Unterleutnant)

Berlin, den 13.5.1953 Sohn/Wi.

BSTU
000001

V e r m e r k für Abteilung I/1

Studentenpfarrer Hamel, Halle, seit 13.2.1953 in Haft, hat seit Jahren innerhalb der Studentenschaft gehetzt. Sie von Wahlen und Beteiligungen an gesellschaftlichen Wirken abhalten, verbotene Briefe von Dibelius innerhalb der Studentenschaft verlesen usw.

Verbrechen nach Art.6 der Verfassung.

Vorgang ist am 29.4.53 an die EB nach Berlin abgegeben worden. Karlsruhe ist am 12.5.53 von Unterzeichneten insoweit unterrichtet worden.

Vorgelegt nach Fristablauf
Berlin, den 4. Juni 1953

Vorgelegt nach Fristablauf
Berlin, den 11.9.53

Dokument 4: Vermerk vom 13.5.1953 - Mitteilung zum "Fall Hamel" an die sowjetische Seite

030064

Ber., den 22. 5. 53

Beginn der Vernehmung: 18
 Ende der Vernehmung: 24

Vernehmungsprotokoll
 -des-

Hamel, Johannes
 geb am 19. 11. 1911 in Lehdingen
 Wohnort: Halle/Saale Doppelstadt

Frage: Welche weitere rechtsverhistorische
 Tätigkeit haben Sie gegen die Deutsche Demokratische Republik
 ausgeübt?

Antwort: Ich sehe ein, dass ich von 1951
 an in der Deutschen Demokratischen Republik ~~gegenüber~~
 eine rechtsverhistorische Tätigkeit ausgeübt habe. Nach meiner Auf-
 fassung ^{gab} kann ich diese von mir gegen ~~die~~ ^{die} ~~Vernehmungen~~
 der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübte
 Tätigkeit nicht als rechtsverhistorisch bezeichnen.

Ich habe während der Zeit von 1951 bis 1952 das aus-
 dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik gelandete Ver-
 fahren geführten Person bei gebühren ständ. Beschaffung von
 Unterlagen, Zeitungsverkehr beim westfäl. ^{Unterstützung} ~~Unterstützung~~
 sind durch Rückgabe mit einem ^{Unterstützung} ~~Unterstützung~~
 Anteil für Gewerkschaftliche Aktivitäten gegen die ~~Vernehmung~~
 als sogenannte Politische Flüchtlinge.

Verfahren habe ich seit dem Frühjahr 1947 fortgesetzt an
 die "Geschäftsbelle der ESB für Grottelin und die Deutsche
 Demokratische Republik in Berlin-Zehlendorf Leichter Ringstr. 10
 Informationen hielten über die Lage an der Universität ^{Halle/Saale}

J. Hamel - 2 -

Dokument 5: Vernehmungsprotokoll vom 22.5.1953 mit handschriftlichen Korrekturen von J. Hamel (auch S. 111 und 112)

030065

~~Deutscher Demokratische Republik~~ im schriftlicher Form geleistet
 während der sogenannten ~~Wiederherstellung~~ ^{Wiederherstellung}
 Zehlendorf Heimat Nr. 27 ("Kirchliche Hochschule") ^{in Halle}
 liche Form über die Arbeit der "Schülerkongresse" im ~~der~~
 politischen Umgebung berichtet. Zu diesen sogenannten
 Kongressen habe ich seit 1947 jährlich zweimal,
 meistens habe ich dies bis maximal in den Jahren 1944 &
 1947 auf ~~Schülerkongressen~~ ^{Schülerkongressen} im ~~Bornhöffer-Kamp~~
 Berlin-Schmargendorf Kronenstr. 7 oder im ~~Frankfurt-Rudolf-Str.~~
 Berlin-Dahlem ~~Stamm~~ nicht ~~unmittelbar~~ ^{unmittelbar} ~~in~~
 über die "Schülerkongresse" in der ~~Markt-Luther-Universität~~
 in Halle/Saale im ~~der~~ ^{politischen} ~~Umgebung~~ ^{berichtet}

Im den Jahren 1948 bis 1952 habe ich etwa ein halbes
 Markt der Deutschen Notenbank von der Geschäftsbelle West
 der "ESB" erhalten. Dieses Geld habe ich an ~~Stichtanten~~
 als "Reisehilfe" bis in Potsdam bis in Halle/Saale
 ausgezahlt.

Jahres habe ich etwa fünf bis 1952 ungefähr
~~zweihundert~~ ^{zweihundert} ~~Mark~~ ^{Mark} der Deutschen
 Notenbank von Halle nach B. Westfalen an die "ESB-
 Geschäftsbelle West" gezahlt. Dieser Betrag ~~stammte~~ ^{stammte}
~~Zusammenhang~~ ^{Zusammenhang} ~~aus~~ ^{aus}
~~Sammlungen~~ ^{Sammlungen} ~~oder~~ ^{oder} ~~Spenden~~ ^{Spenden} ~~der~~ ^{der}
~~evangelischen~~ ^{evangelischen} ~~Stichtanten~~ ^{Stichtanten}
~~gemeinde~~ ^{gemeinde} ~~an~~ ^{an} ~~der~~ ^{der} ~~Markt-Luther-Universität~~ ^{Markt-Luther-Universität}.

Für die ein halbes Markte der Deutschen Notenbank die ich
 von der "Geschäftsbelle West" erhielt, habe ich von ~~Spenden~~
 im ~~Verkehr~~ ^{Verkehr} ~~mit~~ ^{mit} ~~den~~ ^{den} ~~Stichtanten~~ ^{Stichtanten}
 in Zürich und Göttingen in der ~~Geschäftsbelle West~~ ^{Geschäftsbelle West} ~~erhalten~~
 gesehen. ~~Verrechnet~~ ^{Verrechnet} ~~würden~~ ^{würden} ~~diese~~ ^{diese} ~~Beträge~~ ^{Beträge}
~~in~~ ⁱⁿ ~~Potsdam~~ ^{Potsdam} ~~gegenüber~~ ^{gegenüber} ~~bei~~ ^{bei} ~~Kasse~~ ^{Kasse} ~~der~~ ^{der} ~~"Geschäftsbelle West"~~ ^{"Geschäftsbelle West"}.

Frage: Sie haben noch weitere Verbrechen
 gegen die Deutsche Demokratische Republik ausgeübt.
 Sagen Sie damit der Wahrheitsgewissheit aus!

J. Hamel - 3 -

-3- BStU
000086
231

Antwort: Ich habe meine Ehefrau
am 7. den Februar 1949 veranlassen für jeweils
Kontinuität, zwei und vier Monate zur Kern- und Ost-
Kriegsfront im den Schwarzwald zu fahren.
Während dieser Abwesenheit habe ich in Halle / Saale von
dem dortigen Wirtschaftsausschuss die Lebensmittel-
güterkarte für meine Ehefrau empfangen. Im Jahre 1949
besorg ich neben dem Wirtschaftsausschuss die für
Karte sind die Zinnsche Karte für persönliche Güter.
Diese rechtswidrig empfangenen Lebensmittelkarten habe ich
im meinem Haushalt verwendet.
Nebenbei habe ich auch meine Ehefrau bei ihren illegalen
Tätigkeiten nach Westdeutschland bei der Volkspolizei in
Halle / Saale nicht zurückgehalten abgemeldet.
Frage: Warum haben Sie Verbrechen
gegen die friedliche demokratische Entwicklung in der
DDR begangen?
Antwort: Trotz meiner ablehnenden Hin-
sicht zu verschiedenen Maßnahmen der Regierung der DDR
demokratischen Republik sind meine Kampfs gegen den Marx-
ismus-Leninismus kann ich als Grund für meine
die in der DDR haben demokratische Republik fühligen Recht-
sprechung, Verbrechen sind angegeben, dass ich diese
Sache im pflichtwidrigen Verstoß gegen meine evangelischen
Schwüre.
Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen.
Der Inhalt des Vernehmungsprotokolls entspricht in allen
Hauptpunkten dem von mir gemachten Aussagen.
Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben. Dies be-
stätigt sich durch meine Unterschrift.

E. Mielke

Berlin, den 15. 6. 1953 BStU
000138

Bericht

Betr.: Untersuchungsvorgang gegen HÄMEL, Johannes

Der Beschuldigte

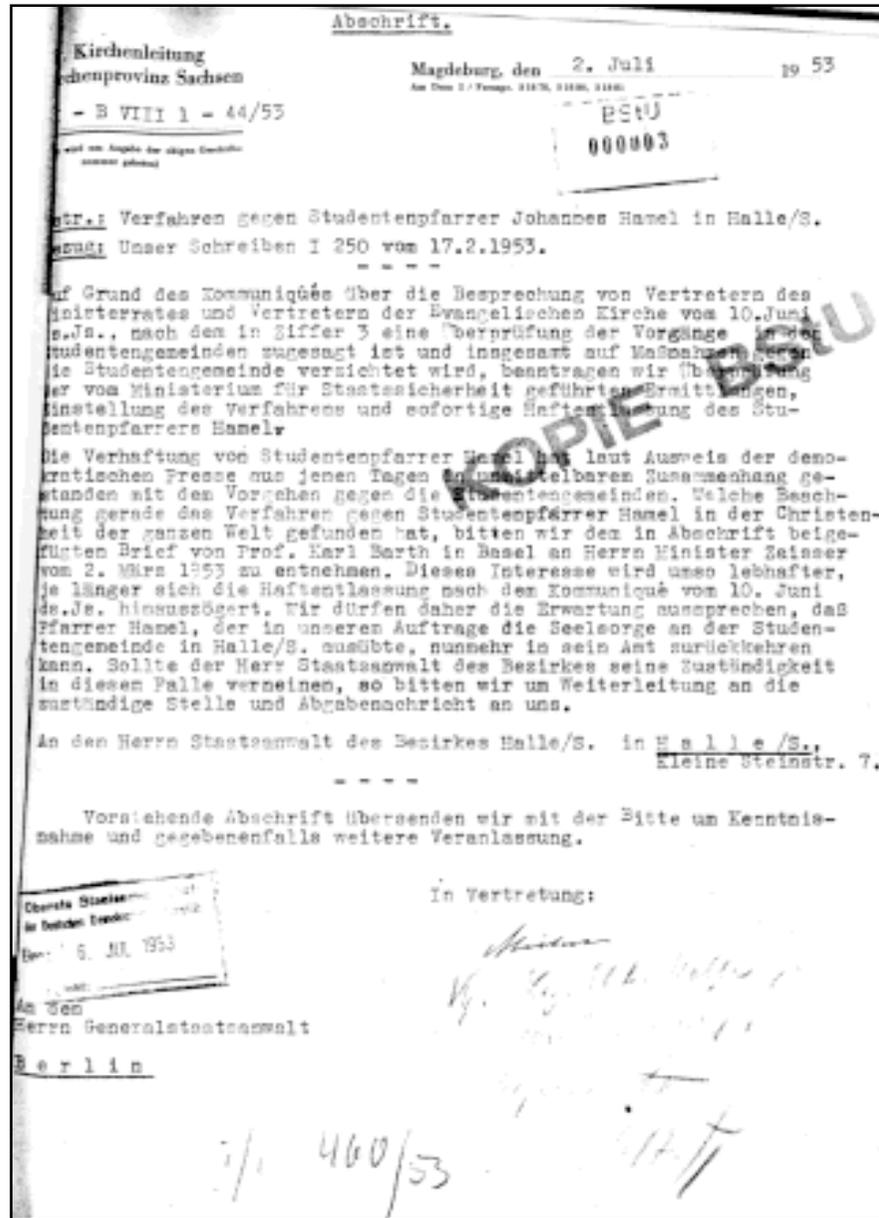
H Ä M E L, Johannes
geb. am 19. 11. 1911 in Schöningen
Beruf: evangelischer Pfarrer,

wurde am 12. Februar 1953 wegen antidemokratischer Tätig-
keit von den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit
festgenommen.
Er hat in seiner Eigenschaft als evangelischen Student-
pfarrer seit 1948 fortgesetzt Verbrechen begangen und Boy-
kotttätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und an-
dere staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen betrie-
ben.

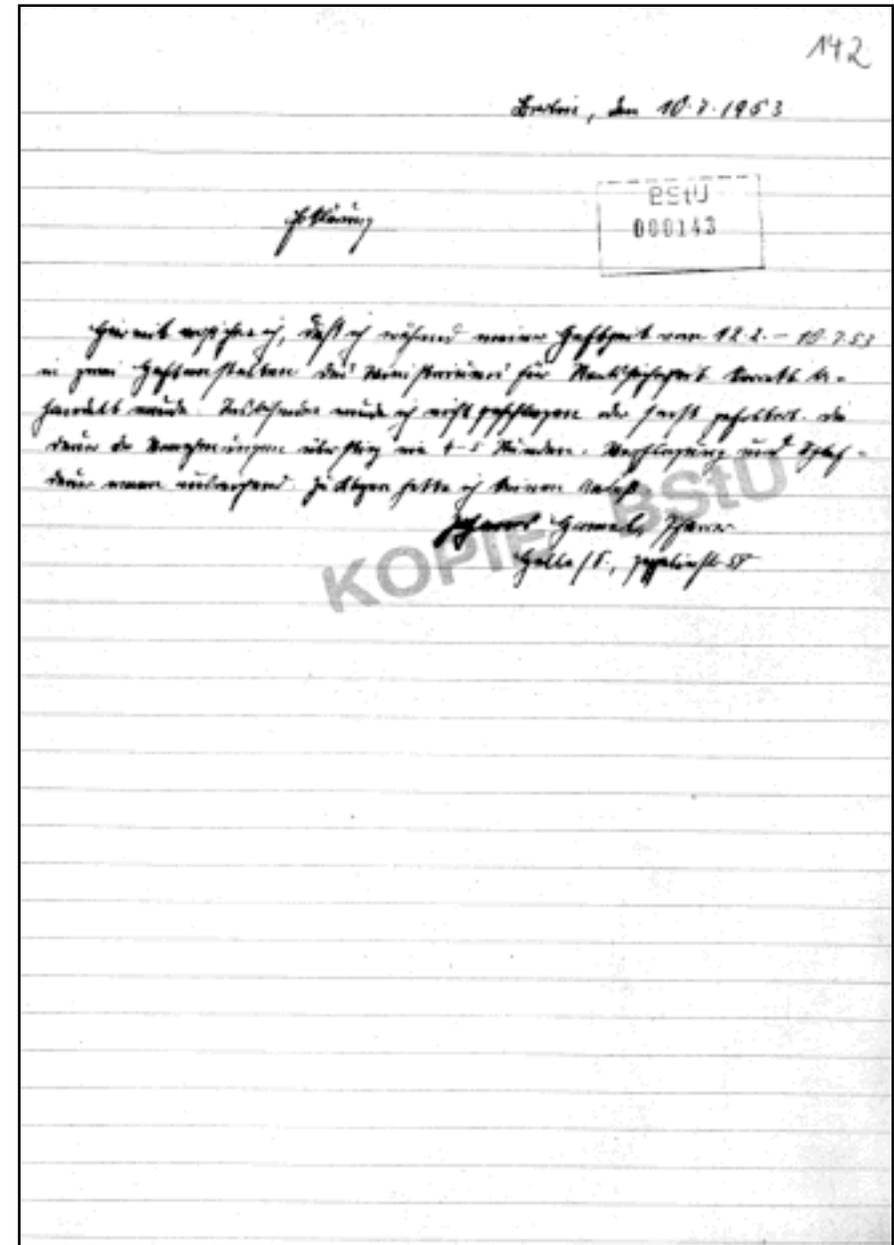
Im einzelnen:

Von der Kanzel aus den Aufruf von Elbingerode
1952 verlesen, indem die Christen in der Deut-
schen Demokratischen Republik aufgerufen werden,
in dem "Gewissensdruck" ohne Hass auszuharren,
von der Kanzel aus den Weissenauer Aufruf 1950
verlesen. Darin wird indirekt die Weltfriedens-
bewegung als Tat des Hasses bezeichnet,
in Bibelstunden nach den Oktoberwahlen 1950 ein
Schreiben der Kirchenleitung Magdeburg verlesen
und propagiert, in dem der damalige Innenminister

Dokument 6: Bericht zum Untersuchungsvorgang vom 15.6.1953 (Auszug) mit handschriftlicher Notiz von E. Mielke



Dokument 7: Brief der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen vom 2. Juli 1953 zur Entlassung von J. Hamel



Dokument 8: Erklärung von J. Hamel am 10.7.1953

200
000183 337

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit

Berlin, den 13.7.1953

An die
Oberste Staatsanwaltschaft
der Deutschen Demokratischen Republik
- Abteilung I -
Berlin
s. Hd. d. Herrn Staatsanwalt L o s e r

Es wird gebeten, zu beantragen, den am 13.7.1953 unter der
Geschäftsnummer As I 60/53 vom Stadtgericht Dessau gegen den
evangelischen Pfarrer H A M E L, Johannes, geb. am 19.11.1911,
wohnhaft in Halle/Saale, Zeppelinstraße 58, erlassenen Haft-
befehl aufzuheben und das Verfahren gegen HAMEL einzustellen.

An den
Hafttrichter
des Stadtgerichts
Berlin

Scholz
(S c h o l z)
Oberst

Das o. a. Verfahren gegen Hamel wird nach § 153 StPO vom
1. Februar 1877 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Einführungs-
gesetzes der StPO von 2. 10. 1952 eingestellt.
Ich beantrage daher, o.a. Haftbefehl gegen Hamel aufzuheben.

Oberste Staatsanwaltschaft
der
Deutschen Demokratischen Republik
Lin
Staatsanwalt

Dokument 9: Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls vom 13.7.1953

000182 336

Zu Hs.G. 60/53
~~Weg~~ Esg.

B e s c h l u s s

In der Ermittlungsache gegen Pfarrer HAMEL, Johannes
geb.am. 19.11.1911 in
wohnhaft: Halle/Saale,
Zeppelinstr. 58
wegen Dir. 30

wird der Haftbefehl des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Abt.96,
vom 13.2.53 gem. § 126 StPO aufgehoben.

1) Entl.Bef.ort. Berlin C 2, den 24.7.1953
2) Beschl.Ausf. an Stadgericht Berlin-Mitte, Abt.96
gef. w.ab am: 13.7.1953 im Präsidium der Volkspolizei
3) U.m.A. an MfS Hafttrichter
Führmann

ab

~~Stadtschreiberei des Stadtgerichts~~

Dokument 10: Beschluß zur Aufhebung des Haftbefehls vom 24.7.1953

Abteilung IX/2/I Berlin, den 27.11.1953
Ge/Br. 000184
Sub. Nr. IX/118/53

An die
Abteilung XII
im H a u s e
.....

Betr.: U.-Vorgang Nr. 60/53 - [redacted] und Andere
Bemerk: ohne

Die Bearbeitung für den im Betreff genannten U.-Vorgang ist durch
die Abteilung IX abgeschlossen.
Es wird gebeten, den U.-Vorgang zur Lage zu bringen.

Richter
(Richter)
Oberstleutnant

Dokument 11: Abschließende Mitteilung durch das MfS zum Untersuchungsvorgang Hamel vom 27.11.1953

Exkurs

"Operative Personenkontrolle" 1971

Am 30. März 1971 legte das Ministerium für Staatssicherheit über den Dozenten am Naumburger Katechetischen Oberseminar, Johannes Hamel, eine "Personenkontrollakte" an. Hamel galt dem Staatssicherheitsdienst als "führende[r] ideologischer Kopf" der Kirchenprovinz Sachsen und war wegen "seiner negativen Grundeinstellung zur DDR und seinen hetzerischen Äußerungen zu den" (*dortigen, Anm. A. G.*) "Verhältnissen" dem Staat insbesondere nach der Spaltung der gesamtdeutschen Kirche²³ ein Dorn im Auge. Für den Staatssicherheitsdienst war Johannes Hamel darüber hinaus ein "ehemaliger Faschist".²⁴

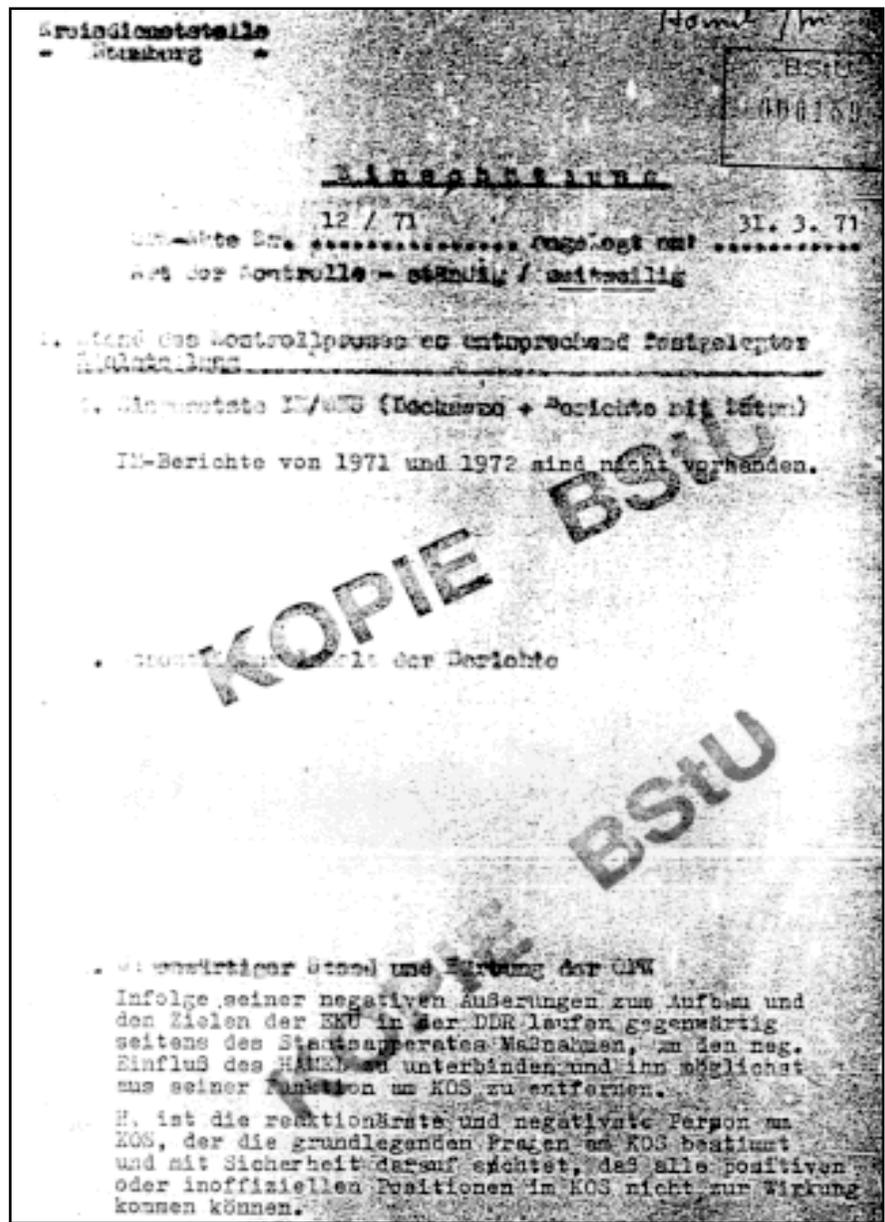
Zielstellung der geheimdienstlichen Ermittlungen sollte sein, "den negativen Einfluß des Hamel zu unterbinden und ihn möglichst aus seiner Funktion am KOS" (*Katechetisches Oberseminar, Anm. A. G.*) zu entfernen." Unter Beobachtung und Beeinflussung informeller Mitarbeiter des MfS blieb Johannes Hamel bis zu seiner Pensionierung und dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am KOS im Jahre 1977.

Zu den prominenten Berichterstattern und vom MfS geführten Informanten der Landeskirche über Hamel zählte "IM Detlef", der am 5. Dezember 1974 über eine Konsistorialsitzung mit Johannes Hamel dem MfS berichtete. "IM Detlef" war der am 1. April 1989 "mit Wirkung vom 1. Mai 1990 zum Präsidenten"²⁵ berufene höchste Repräsentant der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen und MfS-Offizier im besonderen Einsatz, Dr. jur. Detlef Hammer.

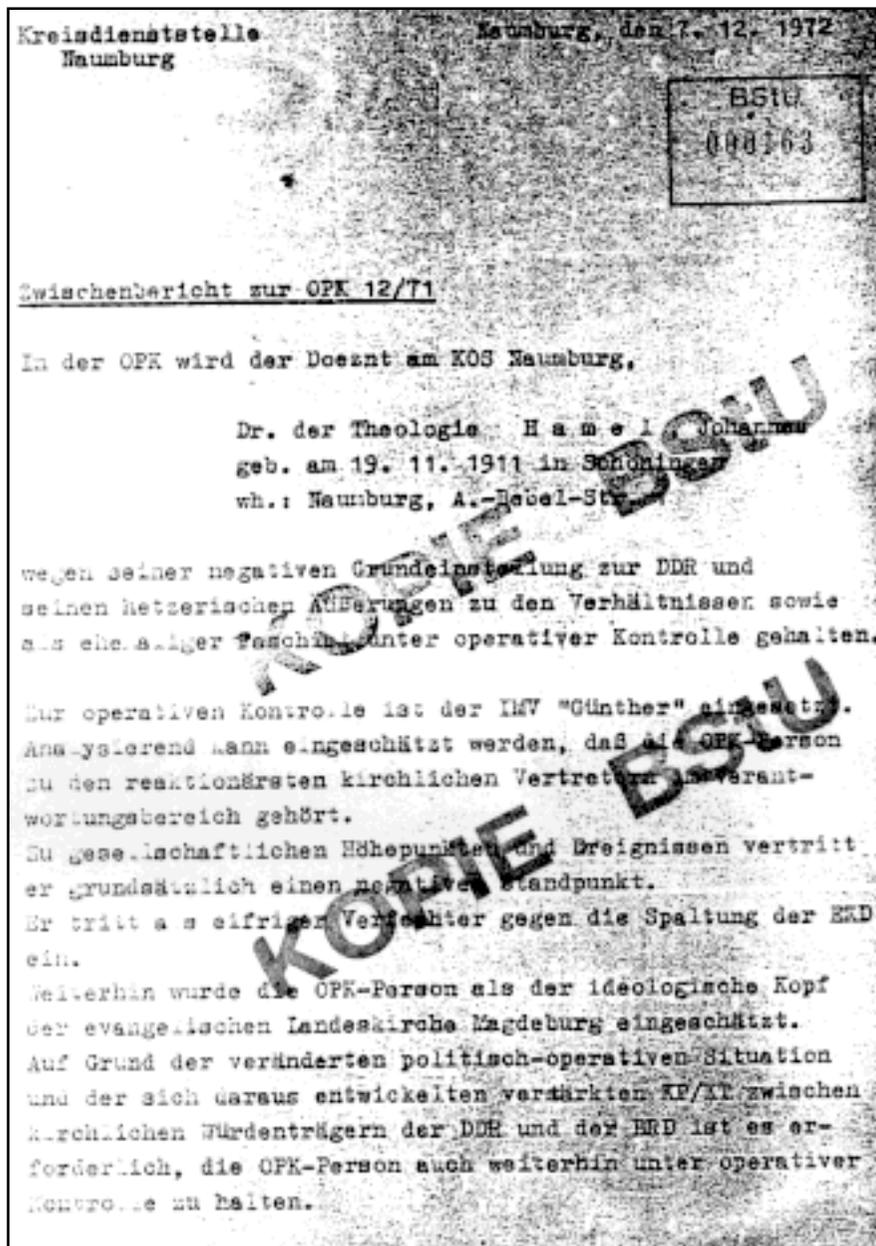
23 Vgl. weiterführend zur Spaltung der EKD: Besier, G., a.a.O., S. 520 ff., 664 ff. und 694 ff.

24 BStU, Ast Halle, AOPK 2459/77, S. 158

25 Vgl. hierzu ausführlich: Schultze, H./Zachhuber, W.: Spionage gegen eine Kirchenleitung. Detlef Hammer - Stasi-Offizier im Konsistorium Magdeburg, Magdeburg 1994



Dokument 1: Einschätzung des MfS vom 31.3.1971 zum "negativen Einfluß" von J. Hamel am KOS Naumburg (Auszug)



Dokument 2: MfS-Zwischenbericht zur OPK vom 7.12.1972 (Auszug)



Dokument 3: IM-Bericht vom 17.7.1974

Abteilung XX/4
 Halle, den 5. 12. 1974
 Tonbandabschrift/Ha [verpackt: Hammer, Detlef, 1974]

BStU
 060019

Auswertung des Gespräches im Konsistorium mit Hamel
 am 2. 12. 1974

Hamel legte zu Beginn der Aussprache neue Thesen gegen die Improvertiertheit der Christenheit der DDR vor und erläuterte diese Thesen ganz kurz. In Anschluß daran fand die eigentliche Aussprache mit Hamel statt.
 Sie dauerte von 9.00 bis 11.45 Uhr.

Zunächst die Thesen:

Thesen gegen die Improvertiertheit der Christenheit in der DDR

1. Eine Christenheit, die ganz dem Herrn zugewandt ist, wird ihrem Auftrag treu werden und bleiben, "an Christi statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk" (6. These der Barmer Theologischen Erklärungen). Darum muß sich alle - berechnete und notwendige - Sorge der kirchlichen Organe (von der Ortsgemeinde bis hin zur Konferenz der Kirchenleitung und den Synoden) den Bestand des Kirchenwesens, für die rechtliche Sicherung ihrer Aktivitäten und für die Freiheit ihrer Glieder von Benachteiligung aller Art durch diesen Auftrag bestimmen und begrenzen lassen.

- 2 -

000020

2. Die gegenwärtige Struktur der Verlautbarungen kirchlicher Organe aller Art zum Thema "Kirche in der Gesellschaft" ist mit einigen Ausnahmen seit einigen Jahren folgende: Zuerst eine positive Würdigung der sozialen Errungenschaften in der DDR (soziale Sicherheit, Gesundheitswesen, Wohnungsbauprogramm, Fürsorge für Kinder und Ältere Menschen, Gleichberechtigung der Frau, Maßnahmen zur Befreiung der Bürger von sozialer Ungerechtigkeit und Ungerechtigkeit - verzeichnet im Kirchenleitungsbericht Seite 29, Zitat aus dem Bericht der Kirchenkonferenz dieses Jahres-) so dann der Hinweis auf die Benachteiligung christlicher Bürger, vor allen der Kinder und Jugendlichen in Schulen, Fachschulen und Hochschulen u.ä. (Vergleiche Kirchenleitungsbericht Seite 24 - 27, vergleiche auch "Zeichen der Zeit", Heft 10/1974, Seite 1 "25 Jahre DDR" von Inge Braecklein) ebenso den Vortrag von Dr. Krusche vor der Provinzialsynode 1973 "Die Gemeinde Jesu Christi auf dem Weg in die Diaspora", Seite 4.
3. Mit dieser ~~Struktur~~ Struktur ist die Christenheit in der DDR gegen ihre erklärte Absicht ("Zeugnis und Dienstgemeinschaft" - Kirche für Andere) dabei, für sich und ihre Glieder, wenn schon keine Sonderrechte (Privilegien) so doch ~~von der~~ ^{von der} Behandlung zu fordern. Denn alle Bürger der DDR unterliegen der mit administrativen Maßnahmen verbundenen ^{Führung} ~~Führung~~ den M/L als die Grundlage aller Lebensformen durchsetzen zu wollen (Zitat aus dem Brief der Synode der EKV an den Ministerpräsidenten Grotewohl vom 11.11.1960).
4. Die kirchlichen Leitungsorgane - auch die! - können in Treue zum Auftrag der Christenheit nicht darauf verzichten sich - wenn sie schon meinen, Beschwerden öffentlich oder in Gesprächen bzw. Briefen an den Staat vortragen zu müssen - in erster Linie der Menschen anzunehmen, gleich welcher Weltanschauung, deren Würde und Recht durch eine

- 3 -

060021

derartige Durchsetzung des M/L unter Einsatz und Autorität des Staates" (so in der EKV-Synode am 11.11.1960) mißachtet wird. Was mit Lüge und Unrecht beginnt, endet mit einem Meer von Blut und Tränen.

5. In dieser Improvertiertheit auf kirchliche Bilanz und Mute der Christen wiederholt die Christenheit heute gegen den Grundfehler der bekennenden Kirche: ~~Schweigen~~ Herbet 1934 protestierte sie gegen die Rechtsverletzungen durch die Gewaltakte Jägers in einigen Landeskirchen (das Recht ~~der~~ Brocken ~~zu~~), schlug aber zu den staatlich angeordneten, willkürlichen Erschießungen mehrerer 100 Bürger Ende Juni des gleichen Jahres usw. usw.
6. Während die kirchlichen Verlautbarungen, vor allem der Bundesorgane, den Blick der DDR-Christenheit detailliert auf die gesellschaftlichen Mute in Vietnam, Chile, seinerzeit Griechenland und Portugal (Kolonien), den USA (Rassismus), Brasilien usw. lenken und das sollte weiter getan werden! ~~Vorsichten~~ sie aus naheliegenden Gründen sich ~~genkerisch~~ und sich außerdem der gesellschaftlichen Problematik zu stellen, die uns vor die ~~Fiße~~ gelegt ist. Stattdessen redet die Kirche unkritisch von einer "sozialistischen Gesellschaft in der DDR", von "Sozialismus" (als wenn dieses gute Wort einfach mit dem gleichgesetzt werden dürfte, was wir vor Augen haben!) und paßt sich damit der Propaganda an, wird unfrei. Will sie damit etwa Überleben? Dazu hat Dr. Krusche in Nyborg das nötige bemerkt!
7. Bei Fortsetzung dieses Weges der Improvertiertheit, die sich auch sonst zeigt, wird aus dem Boten der freien Gnade Gottes für alles Volk, die um sich selbst besorgte, für sich selbst kämpfende, sich behauptende und das Evangelium ~~abgeliebte~~ Sekte, ein dummes Salz mit dem bekannten Ende. Soweit zu den Thesen.

- 4 -

060022

In der Diskussion wurde ihm zuerst die Frage gestellt, insoweit er eine Analogie zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der DDR heute sieht, weil dies sehr deutlich in seinem Vortrag vorgetreten sei und dies ein haftender Eindruck bei den Zuhörern wäre. Hamel bestritt zunächst, daß er von einer Analogie zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der DDR gesprochen habe. Dies stünde nirgendwo in seinem Vortrag. In der weiteren Diskussion gab er später zu, daß er hier natürlich auf Analogien zwischen der damaligen Zeit und der heutigen Zeit hinweisen wolle. So beispielsweise in seiner These 5, als er davon sprach, daß sich die Kirche über Probleme ~~der~~ sogenannter Gewaltakte ~~innerhalb der Kirche~~ verstritten habe, ohne auf die eigentlichen Probleme der damaligen Zeit, der Judenverfolgung u.a. einzugehen. Ähnlich sei es heute, wenn man etwa bedenke, welchen Schwierigkeiten ~~der~~ ^{die} jugendlichen ausgesetzt seien. Er sprach von einer sogenannten Vergewaltigung der Kinderseelen in unserem Staat. Ebenso sei es notwendig, zu sehen, daß die Kirche sich in einer parallelen Situation zur damaligen Zeit befände und daß die Versuchungen der Kirche damals mit den Versuchungen der Kirche heute gleichzusetzen seien. Hamel ging in der Diskussion heute immer wieder auf den sogenannten verbesserlichen Sozialismus, auf den demokratischen Sozialismus ein. Es wäre notwendig - nach Hamels Meinung - auf dem Weg weiterzugehen, der von Falcke begangen wurde bzw. begonnen wurde. Mutatis mutandis, d.h. das ist zu verändern, was verändert werden muß. Der Sozialismus in der DDR sei nicht der Sozialismus, wie er von Marx und Engels gelehrt worden sei, sondern sei eine andere Form, obwohl er anerkennt, daß der Sozialismus überhaupt zwischen den beiden Gesellschaftssystemen die Form sei, die zukunftsreichster wäre. Andererseits müsse sich die Kirche auf eine Diktatur, die vielleicht über 100 Jahre gehen kann, einrichten. ~~und~~ die Zeit sei ~~haube~~ bedeutend schwieriger für die Kirche und für andere Bürger, als die Zeit des damaligen dritten Reiches gewesen ~~war~~.

- 5 -

000023

Von Dr. [REDACTED] wurde während der Diskussion eingeworfen, daß für ihn die Schwierigkeiten vor allen darin liegen, daß in der DDR eine Regierung bestünde, die nirgendwo in der Verfassung verankert sei, nämlich die Diktatur des Politbüros der SED. Die Verfassung ist für Dr. [REDACTED], so führte er aus, nichts als ein Scheinpapier, so lange die Diktatur des Politbüros vorherrschend sei.

Hamel wandte dagegen ein, daß es nicht gegen die Diktatur zunächst gehen solle, ~~sondern~~ es gäbe seines Erachtens auch sehr vernünftige Diktaturen, sondern daß es darum gehen müsse, entsprechend den materiellen Möglichkeiten die Freiheiten zu verbessern.

Der Hauptvorwurf, wegen dessen meines Erachtens Hamel vor allem herbeigeholt worden war, zur Aussprache bestand darin, daß Hamel ~~gegenüber~~ dem Konsistorium und gegenüber der Kirchenleitung gemacht habe, daß von Seiten dieser Organe die Kirchenpolitik unter verschlossenen Türen gemacht würde und ~~daß diese~~ über die ~~Kirchen-~~ Gemeinden hinweggehe. Auch wäre die Verankerung zwischen Staat und Kirche bzw. die Verankerung der einzelnen Personen zwischen Staat und Kirche schon wieder zu fest, und daß viele Kirchenleitende Personen schon nicht mehr wüßten, für wen sie eigentliche Kirchenpolitik machen müßten. Dies versuchte Hamel an zwei Beispielen deutlich zu machen, einmal an der Gründung des Bundes der ev. Kirchen in der DDR und zum anderen an der Teilnahme an der Moskauer Friedenskonferenz. Bei beiden Angelegenheiten, gegen die sich Hamel mächtig wehrte, hat beispielsweise wegen der Teilnahme an der Moskauer Konferenz an alle 8 Bischöfe einen Brief geschrieben, der allerdings im allgemeinen von den Bischöfen nicht beachtet wurde. Von Dr. Bischof Krusche wurde er zu einer Aussprache herbeigeholt, die allerdings nichts ergeben habe außer Verärgerung auf beiden Seiten; ~~bei~~ die Kirchenleitung und die Organe des Bundes über die ~~Kirchen-~~ Gemeinden hinweggegangen und hätte eigene Kirchenpolitik gemacht, die ~~aber~~ nicht von den Gemeinden vertreten würde.

- 6 -

BSU
000024

während die Meinung im Kollegium des Konsistoriums dahin ging, daß die Ergebnisse der Moskauer Friedenskonferenz die Teilnahme der kirchlichen Kräfte an dieser Konferenz rechtfertigten, war Hamel und Dr. [REDACTED] hier ganz anderer Meinung. Hamel und [REDACTED] vertraten den Standpunkt, daß hier eine Klärung eröffnet worden sei, die evtl. noch nicht zu überblicken ist. Hamel wollte dies deutlich machen, indem er das Beispiel erzählte, daß Katho beispielsweise die Mitgliedschaft in dem Vorstand der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft angeboten worden sei. Hamel vertrat den Standpunkt und dieser wurde auch von Dr. [REDACTED] geteilt, daß die Moskauer Friedenskonferenz in der Hauptsache dazu diene, die sowjetische Außen- und vor allen Innenpolitik zu rechtfertigen und hierin Beispiel der ganzen Welt zu liefern, wie demokratisch es doch in der SU zugehen würde, um die eigene Reaktion in eigenen Lande zu unterdrücken. Meines Erachtens ist das Auftreten von Hamel als äußerst negativ einzuschätzen. Auch spielte Dr. [REDACTED] in der Diskussion eine sehr negative Rolle.

Magdeburg, den 2. 12. 1974

gez. "Detlef"

Johannes Hamel - Ein letzter Rückblick*

Am 28. Oktober schreibt der Rektor der Universität Halle an Walter Ulbricht, den allmächtigen Chef. "Die beiden anderen Beilagen betreffen den berüchtigten Studentenpfarrer Hamel, den ich Dir schon vor einem Jahr signalisiert habe. Wenn diesem nicht bald durch Verhaftung oder durch eine andere Art das Handwerk gelegt werden wird, kann der Schaden an unserer Universität unübersehbar werden."

Verhaftet wurde ich am 12. Februar 1953. Die Studentengemeinde wurde zu groß für den Rektor. Im "Roten Ochsen" habe ich gegessen bis zum 1. Mai, wurde dann überführt nach Berlin-Hohenschönhausen und am 10. Juli aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Erinnerung an diese Monate soll beginnen mit einem Dank an Gott. Natürlich wurde ich gequält; Schlafbeschränkung. Von abends um zehn an wurde ich vernommen bis um zwei oder drei, dann hatte ich zwei Stunden Schlaf. Fünf Uhr wurde man geweckt und durfte in dieser Zeit nicht schlafen den ganzen Tag über bis zur nächsten Vernehmung abends um zehn. Das war natürlich Quälerei. Die andere Quälerei: Völliges Abgeschiedensein von der Familie, von der Gemeinde, Studentengemeinde., kein Buch, kein Rechtsanwalt, keine Bibel - das waren alles Quälereien. Aber: Überrascht wurde ich, daß ich nicht in einer Hölle saß, wie ich mir vorher die Sache vorgestellt hatte, sondern daß in dieser Hölle Menschen wohnten, die mich beschämten durch ihre Menschlichkeit. Alle Unteroffiziere, die ich kennenlernte in diesen Räumen hier, bis auf eine einzige Ausnahme, waren so menschlich-mitmenschlich, daß ich beschämt dachte: Wenn du in dieser Lage wärest als Unteroffizier, wärest du so liebevoll zu deinen Gefangenen? Mir gegenüber, meine Zelle war da oben, war eine große Zelle mit sechs Gefangenen. Einer hatte offene Beine. Die Sanitäterin, die sonst täglich kam, fiel aus. Er jammerte abends um acht Uhr, seine Beine taten natürlich weh. Da ging der Unteroffizier, der Dienst hatte, hinein - gegen seine Vorschrift - hörte sich das an und sagte: "Ich werde in einer halben Stunde da sein mit neuer Salbe und neuen Binden." Dann ist er gegen seine Vorschrift zur Apotheke gerannt, kam nach einer halben Stunde wieder mit Binden, und dann hat er, während ein anderer Gefangener den Kranken versorgte, nun die Klagen der anderen gehört. Durch die Türen hindurch konnte ich hören und ich dachte: Wäre ich als Pfarrer in der Lage gewesen, so menschlich, so liebevoll, so eingehend zu trösten wie dieser aus der Kirche ausgetretene, ganz junge Unteroffizier? Da wurde ich beschämt. Und beschämt wurde ich auch durch meinen Offizier, der mich vernahm. Im Anfang waren sie zu fünft - vier Vorgesetzte, und er war Unterleutnant aus dem Sudetenland - und die vier Vorgesetzten machten ihm vor, wie man mit diesem berüchtigten Mann zu verhandeln habe. Sie brüllten, sie tobten, sie drohten, und er sollte dann allein weitermachen.

Stattdessen hat er mich diese ganzen Wochen lang immer menschlich behandelt, hat mich immer als Menschen und Mitmenschen respektiert und war offen für alles Gespräch. Als er z. B. mal sagte: Merkwürdig Hamel, Sie kommen immer fröhlich hier herein. Die meisten Gefangenen kommen in dieses Vernehmungszimmer unfroh. Wie kommt das?" Ich sagte: "Ja, das liegt daran, Herr Sachbearbeiter, daß wir, wenn ich reinkomme, immer zu dritt sind. Und ich wundere mich, daß Sie das noch nicht gemerkt haben." Er schwieg, nachdenklich. Ein andermal sagte er: "Sie haben sooft gepredigt 'Liebet Eure Feinde'. Haben Sie das erfunden?" "Nein", sagte ich, "steht in der Bibel drin." - "Kommen Sie mal rum", sagte er; er hatte sich eine Bibel angeschafft auf meine Bitte, "und zeigen Sie mir die Stelle." Und dann haben wir im Gefängnis Bibelarbeit getrieben über die Bergpredigt. Ein anderes Mal sagte er zu mir: "Komisch Hamel, bei Ihnen komme ich immer auf Gott zu sprechen." Ich sagte: "Das liegt nicht an mir, Herr Sachbearbeiter", denn ich hatte mir vorgenommen, wenn er mich sachlich fragte, sachlich zu antworten und nicht auszuweichen auf fromme Sprüche. Als er mich z. B. fragte: "Sind Sie für die Friedensbewegung?", war ich natürlich geneigt zu sagen: "Frieden auf Erden" usw. Ich habe mir das verkniffen und habe gesagt: "Ich bin dagegen" - "Warum?" Ich sagte:



Gedenkveranstaltung im "Roten Ochsen" Halle (Saale), Johannes Hamel am 18.06.1998 (Foto: Gedenkstätte "Roter Ochse" Halle/S., 1997)

"Sie macht russische Propaganda, dadurch entsteht kein Friede." Da haben wir uns dann über die Friedensbewegung unterhalten. Zum Schluß sagte er mir: "Hamel, ich habe meinem Vorgesetzten gesagt, es täte mir leid, wenn ich Hamel eine Lüge nachweisen müßte. Sie haben mir immer die Wahrheit gesagt." Ich sagte: "Herr Sachbearbeiter, ich habe Sie nicht belogen und werde Sie nicht belügen, um mich zu retten, aber achten Sie auf meine Formulierung." Darauf sagte er: "Um anderer willen?" Ich sagte: "Darüber habe ich Ihnen nichts gesagt." Und diese Antwort hat er respektiert, obwohl sie ja das Geständnis war, um andere, meistens Studenten, zu decken, ihm nicht die Wahrheit gesagt zu haben.

Zum Schluß: Ich bin reingegangen als einer, der dachte, die Stasi ist ein Abgesandter der Hölle und die Stasileute sind böse Menschen. Ich bin rausgegangen mit der Beschämtheit, daß mein böses Herz mir enthüllt worden war durch Gott, durch diese Monate hier im "Roten Ochsen". Ich bin rausgegangen als einer, der gewußt hat, auch in dieser schrecklichen Anstalt leben Menschen, denen Gott gutes Tun schenkt, obwohl sie von Gott nichts wissen. Ich bin reingegangen und dachte, aus diesem Gefängnis kriege ich keine Freunde. Ich habe einen Freund fürs Leben bekommen: meinen Vernehmer. Es ist mir endlich gelungen, ihn 1994 wiederzufinden, und als wir uns wiedertrafen, haben wir uns beide umarmt. Gottes Gnade ist größer als unser ganzes kirchliches Wesen. Und die Kommunisten haben auch dazu geholfen, daß wir Christen klein und beschämt Gott dankten. Danke.

* *Ungekürzte Rede von Johannes Hamel im Rahmen der Gedenkveranstaltung zum 27. Deutschen Evangelischen Kirchentag am 18.06.1997 in der Gedenkstätte "Roter Ochse" Halle (Saale)*

Kapitel 3.A

Dokumente 1,2 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 5
Dokumente 3-8 BStU, Ast. Halle, AOP 173/57

Kapitel 3.B

Dokument 1-3 BStU, Ast. Halle, AOP 173/57
Dokument 4-4c SAPMO-BArch, NY 4182

Kapitel 3.C

Dokument 1 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 1
Dokument 2-5 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 5
Dokument 6,7 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 6

Kapitel 3.D

Dokument 1,2 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 5
Dokument 3 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 4
Dokument 4,5 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 5

Kapitel 7

Dokument 1 BStU, Ast. Halle, AP 21703/92, S. 62-63
Dokument 2 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 5
Dokument 3 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 3
Dokument 4 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 6
Dokument 5 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 3
Dokument 6 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 5
Dokument 7 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 6
Dokument 8 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 5
Dokument 9-11 BStU, Ast. Halle, Au 535/53, Bd. 3

Exkurs

Dokument 1-3 BStU, Ast. Halle, AOPK 2459/77
Dokument 4 BStU, Ast. Halle, AP 21706/92, S. 19-24